

INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP-SPECIAL • Nr. 2/2026 • Sylke-Tempel-Fellowship – 2728



Grenzen der Berichterstattung

Texte der Sylke-Tempel-Fellows 2025



Liebe Leserin, lieber Leser,

in dieser Sonderausgabe legen wir Ihnen die Texte des Sylke-Tempel-Fellowships 2025 vor. Dieses Programm hat einmal mehr Journalistinnen, Journalisten und Medienschaffende aus Deutschland und Israel zusammengebracht, die mit leidenschaftlicher Neugier über Themen der Außen- und Gesellschaftspolitik schreiben. Ermöglicht und unterstützt wurde dieses *IP-Special* unter anderem von der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum, dem American Jewish Committee (AJC) und der Organisation Women in International Security Deutschland, WIIS.

Das Thema: „Grenzen der Berichterstattung – Medien in Zeiten von Krieg und Polarisierung“. Um den Krieg im Nahen Osten, der mit den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 begann, entbrannte sofort ein Kampf um Deutung und Bewertung der Ereignisse vor Ort. Die Art und Weise von Berichterstattung wurde selbst zum Thema, in einer hochemotional geführten Debatte rückten Grenzen aller Art in den Fokus: geografische oder solche von Zugängen und Möglichkeiten ebenso wie Grenzverletzungen journalistischer Standards und ethischer Grundsätze. Das alles sind Themen, auf die die *IP* auch über die Region und diesen Krieg hinaus ein waches Auge hat; gleiches gilt für das Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus, für eine hohe Debattenkultur, für Qualitätsjournalismus und für die Pressefreiheit.

Die sechs Arbeiten der acht Fellows gliedern sich in drei Blöcke. Den Auftakt machen „Verzerrungen“, ihre Mechaniken und Folgen. Teil zwei heißt „Zugänge“: die Abbildung des Konflikts, Ermöglicher und Verfälschungen von Berichterstattung. Und Kapitel drei, „Narrative“, blickt auf die Organisation der Geiselfamilien.

Großen Dank an alle Beteiligten – und Ihnen eine gewinnbringende Lektüre.

Martin Bialecki
Chefredakteur

Grenzen der Berichterstattung

Zum Sylke-Tempel-Fellowship 2025

**Von Tamara Or, Vorständin der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum,
und Annika Finken, Leiterin des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms**

Am 7. Oktober 2023 berichteten nicht israelische Medienschaffende, sondern die Hamas über das größte Massaker in der Geschichte des Staates Israel. In Echtzeitübertragung dokumentierten die Terroristen ihre Verbrechen über die sozialen Medienkanäle ihrer Opfer, über die Familien, Freundinnen und Freunde von der Ermordung und Entführung ihrer Angehörigen erfuhren. Der 7. Oktober war ein Schabbat und ein jüdischer Feiertag, die Nachrichtenredaktionen waren daher kaum besetzt. Viel zu langsam und viel zu spärlich flossen die Informationen. Angesichts des großen Leidensdrucks der Angehörigen, die Notrufe ihrer Liebsten auf den Handys hatten, und des mangelnden Zugangs zu verlässlichen Informationen stürzten sich die Menschen auf jede nur greifbare Quelle. Sie wurden fündig in den Telegramchats einer Terrororganisation, der es gelang, mit ihren grausamen Bildern und Videos ein ganzes Land zu traumatisieren.

In der Folge begannen die großen Nachrichtenredaktionen ihre Fernsehübertragungen mit einer Zählung der Tage, an denen Israel Krieg gegen mehrere Terrororganisationen führt, der Zahl der Geiseln, die die Hamas weiterhin unter brutalen Bedingungen festhielt, sowie der Namen der in Gaza gefallenen Soldaten, deren Veröffentlichung von den hinterbliebenen Familien freigegeben wurde.

Auch wenn der politische Druck auf Israels freie Presse deutlich zunimmt, verfügt Israel über eine professionell arbeitende und vielschichtige Medienlandschaft. Wie lässt sich erklären, dass israelische Medien – im Gegensatz zu internationalen Nachrichten – kaum über die humanitäre Katastrophe in Gaza berichten? Welche Rolle spielen journa-

listische Zugänge, Interessen und Verantwortung in der Berichterstattung? Wie selektiv sind auch die Darstellungen in der deutschen und internationalen Medienlandschaft? Wie sehr trägt die Berichterstattung in unterschiedlichen Medienformaten zur Polarisierung unserer Gesellschaften bei?

Gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern haben wir im Rahmen des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms acht Fellows aus Deutschland und Israel ausgewählt, die sich in sechs Texten mit der Berichterstattung zum Nahost-Konflikt seit dem 7. Oktober auseinandersetzen. Mit dem Fellowship-Programm erinnern wir an die herausragende Journalistin Sylke Tempel (1963–2017), Mitglied im Kuratorium des Zukunftsforums und Chefredakteurin der *IP*. Wir möchten ihre Leidenschaft für Außenpolitik und Journalismus an eine junge Generation von Medienschaffenden weitergeben.

Neben Workshops, die in Berlin und online stattfanden, war die gemeinsame Recherchereise nach Israel im September 2025 ein besonderer Höhepunkt des Jahrgangs. In einer Woche voller Gespräche und Begegnungen diskutierten wir die Beziehung zwischen Medien und Demokratie in Israel, reflektierten über die Berichterstattung zum Krieg im Gazastreifen und betrachteten unterschiedliche gesellschaftliche Reaktionen auf die Terroranschläge vom 7. Oktober und den anschließenden Krieg.

Wir sind sehr dankbar, dass unsere Fellows in diesem Jahrgang schwierige Fragen gestellt haben und sich diesen herausfordernden Themen mit Neugier und beeindruckendem analytischem Blick gestellt haben. Das Ergebnis ihrer Recherchen finden Sie in diesem Heft.

Inhalt

„Der Diskursraum hat sich insgesamt verengt“

Wie hat der 7. Oktober 2023 die deutsche Debattenkultur verändert? Ein Gespräch über die Grenzen des Sagbaren und warum Meinungsfreiheit mehr aus-
halten muss, als vielen lieb ist.

Interview mit Meron Mendel

4

Verzerrungen

Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge

Desinformation im Krieg zwischen der Hamas und Israel hat global den Diskurs vergiftet. Zentraler Hebel: Social Media und traditionelle Nachrichten.

Von Nicholas Potter

12

Krieg in einer postfaktischen Welt

Neben der physischen Front gab es in Gaza eine zweite, den Kampf um die Wahrheit. Eine Analyse der Strukturen und Wirkung von Propaganda – und wie man ihr begegnet.

Von Roman Belavski und Guilherme Correia da Silva 18

Zugänge

KOMMENTAR: Unterdrückung und Zensur: Für Israel ist die Polarisierung seiner Medien eine Gefahr

Von Milan Czerny

26

Im Schatten der Schlagzeile

Sie organisieren Zugang, übersetzen, vermitteln Vertrauen: Fixer in Gaza und Israel – die unsichtbaren Helfer, ohne die internationale Berichterstattung nicht möglich wäre. *Von Yasmin Ismail*

28

Krieg im Feed

Auf TikTok gibt es mehr propalästinensische Videos als proisraelische. Das hat viele Gründe. Blick in eine Welt diverser Bezüge, doppelter Botschaften und mehrfacher Ebenen. *Von Isalde Ruhdorfer*

33

Strategische Vertuschung?

Channel 12 News ist Israels meistgesehener TV-Sender. Hielt er die Schrecken im Gazastreifen aus seinen Berichten fern, weil Ausgewogenheit nicht zum Ziel passte?

Von David Issacharoff und Vera Weidenbach

38

Narrative

„Die emotionale Polarisierung war selten so massiv“

Im Krieg steht eine freie Berichterstattung unter Druck von vielen Seiten. Ein Gespräch über Einseitigkeit und Zensur, über Grenzverletzungen und Fehlerkultur – und die Medienkompetenz der Jüngeren.

Interview mit Katharina Weiß

46

Eine Kraft gegen das Schweigen

Israels Geiselfamilien haben private Trauer in eine demokratisch wirksame Macht verwandelt: die Geschichte einer Bürgerbewegung, die weltweit Anerkennung fand.

Von Adi Tal

51

Die Sylke-Tempel-Fellows 2025

58

Impressum

60

„Der Diskursraum hat sich insgesamt verengt“

Wie hat der 7. Oktober 2023 die deutsche Debattenkultur verändert? Ein Gespräch über die Grenzen des Sagbaren und warum Meinungsfreiheit mehr aushalten muss, als vielen lieb ist.

Interview mit Meron Mendel

IP: Herr Mendel, Sie haben in Ihrem Buch „Reden mit Israel“ für einen offenen und respektvollen Dialog plädiert. Wenn Sie sich die Debatten nach dem 7. Oktober 2023 anschauen: Was hat sich da im deutschen Diskurs verändert?

Meron Mendel: Die Grundthese meines Buches ist, dass die Debatte über Israel und Palästina in Deutschland nahezu völlig abgekoppelt ist von den Realitäten vor Ort. Das sind selbstbezogene Debatten, in denen verschiedene Gruppen ihren Bedarf an Gruppenidentität, Identifikation und Sinnstiftung aus dem Konflikt dort ziehen. Das ist selbstreferenziell und passiert in eigenen Blasen. Der Bezug zu Gegebenheiten vor Ort, zum Beispiel zu Fakten, die nicht ins eigene Weltbild passen, wird ausgeblendet, damit ihre hermetischen Erzählungen nicht gestört werden.

Diese Analyse betrifft nahezu alle Gruppen, die sich dazu positionieren. Seit dem 7. Oktober setzt

sich das fort, hat sich aber potenziert. Die Wucht, die Energie, die Selbstgerechtigkeit, die damit einhergeht, hat sich nicht verdoppelt, ich würde sagen verzehnfacht.

Sprechen wir denn über verschiedene Öffentlichkeitskulturen in Deutschland?

Definitiv. Sie sind auch stark durch Milieus geprägt. Es gibt die politische Elite, das hat man direkt nach dem 7. Oktober gesehen: die Welle der Solidarität auf Staatsebene, die dazu geführt hat, dass in einigen Rathäusern die Israel-Flagge erst abgenommen wurde, nachdem die Geiseln befreit wurden. Also eine klare Parteinahme für die israelische Seite, obwohl es immer schwieriger wurde, je mehr sich die humanitäre Situation in Gaza verschärft hat.

Auf der anderen Seite sehen wir migrantische Milieus und Teile der deutschen linken Szene, wo eine starke Gruppenbildung über die Identifikation

mit den Palästinensern konstituiert wird. Am 7. Oktober hat man in diesen Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine reflexhafte Relativierung bis hin zur Rechtfertigung des Massakers gesehen. Bekannte Beispiele sind die Verteilung von Süßigkeiten in einigen Städten, am bekanntesten in Berlin-Neukölln. Ich kenne das nicht nur anonym, sondern auch von Leuten, mit denen ich eng zu tun hatte. Was sie am 7. Oktober in sozialen Netzwerken verbreiteten, war kaum rühmlich. Schon an diesem Tag begannen die Rechtfertigungen: „Das sind keine schönen Bilder, aber so sieht eben antikolonialer Widerstand aus“ – diese Rhetorik dominierte den Feed.

Je mehr Zeit verging, desto stärker rückten israelsolidarische Stimmen von ihrem anfänglichen Menschenrechtsargument ab – und blendeten diese schließlich aus, um die Kriegsverbrechen Israels nicht benennen zu müssen. Auf der anderen Seite haben diejenigen, die am 7. Oktober Menschenrechte ignorierten und lobende Worte für das Massaker an Zivilisten fanden, Anfang 2024 plötzlich die Menschenrechte für sich entdeckt und ihre Hoffnungen an den Internationalen Strafgerichtshof und den Internationalen Gerichtshof geheftet, um Israel vor die Schranke zu bringen.

Das zeigt, wie die innere Logik dieser Milieus funktioniert. Sie greifen selektiv auf Instrumente zurück – das können Menschenrechte sein, das kann die Forderung nach Empathie sein.

Man kann auch eine selektive Empathie beobachten: Wer am 7. Oktober Mitgefühl mit israelischen Zivilisten einforderte, verweigerte es in den Monaten danach der Bevölkerung in Gaza. Und wer wegsah, als Kinder, Frauen und ältere Menschen in Israel ermordet wurden, zeigte plötzlich ein sehr großes Mitgefühl, als die Bombardierungen in Gaza begannen.



Prof. Dr. Meron Mendel

ist Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main und Professor für Soziale Arbeit und Diversität an der Frankfurt University of Applied Sciences. Der in Israel geborene Pädagoge und Publizist forscht zu politischer Bildung, Erinnerungskultur und Antisemitismusprävention. Für seine Arbeit wurde er 2024 mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigt. In seinem Buch „Über Israel reden. Eine deutsche Debatte“ (2023) plädiert er für einen offenen, respektvollen und faktenbasierten Dialog.

Nach dem 7. Oktober ist sehr viel über die Grenzen des Sagbaren gesprochen worden. Da geht es um Begriffe wie Solidarität, Antisemitismus, Rassismus. Wo verlaufen aus Ihrer Sicht die berechtigten und wo die problematischen Grenzen in dieser Debatte?

Es kommt auf die Situation an. Wir hatten unterschiedliche Debatten mit unterschiedlichen Abstufungen. Es ist eine Sache, was man auf seinem *Instagram*- oder *TikTok*-Account posten darf, gedeckt

„Man kann die deutsche Staatsräson nicht abgekoppelt von israelischen Friedensbemühungen verstehen“

durch die Meinungsfreiheit. Eine andere Frage ist, was die Gesellschaft honorieren will mit Auszeichnungen, oder welche Meinungen man auf Podien und in Talkshows setzt. Daher können wir keine klare Grenze ziehen, nach dem Motto: Wenn dieses Wort gesagt wird, ist man raus. Wir müssen von Fall zu Fall diskutieren.

Eine allgemeine Diagnose: Nach dem 7. Oktober sahen wir hysterische Züge in der Debatte in Bezug auf palästinensische oder propalästinensische Stimmen. Das kann man bis heute beobachten, wenn auch abgeschwächt.

Zum Beispiel?

Nehmen wir die Verschiebung der Preisverleihung an die palästinensische Autorin Adania Shibli bei der Frankfurter Buchmesse kurz nach dem 7. Oktober – eine absurde Entscheidung, weil es nicht um eine Hamas-Anhängerin ging, sondern der Kollektivschuldlogik folgte. Man dürfe in Deutschland keine Palästinenserin auszeichnen, weil Palästinenser kollektiv die Schuld von Hamas trügen.

Wir sahen das bei der Berlinale 2024, als der Film „No Other Land“ über die unerträglichen Zustände im Westjordanland gezeigt und prämiert wurde. Die beiden Filmemacher – ein Israeli und ein Palästinenser – sprachen, und das wurde in der Öffentlichkeit als Antisemitismus gedeutet, ohne dass es dafür Anhaltspunkte gab. Dazu kam die bizarre Erklärung der

damaligen Kulturstatsministerin Claudia Roth, sie habe nur für den israelischen, nicht für den palästinensischen Preisträger geklatscht.

Und dann die Debatte zum 7. Oktober 2025, als die Absage eines Konzerts des Rappers Chefket durch das „Haus der Kulturen der Welt“ für Aufmerksamkeit sorgte – ein weiteres Beispiel für vorschnelle Distanzierung statt offener Auseinandersetzung.

Diese Boykottkultur gibt es auch auf der anderen Seite. Die Ausladung des Historikers Benny Morris durch die Universität Leipzig zum Beispiel. Ich kann nicht genau sagen, wo wir aktuell die Grenze ziehen, aber wir machen das in jedem Fall zu vorsichtig. Aus vorauseilendem Gehorsam gegenüber staatlichen Akteuren und aus Angst vor Shitstorms im Netz werden Konfrontationen vermieden, Termine abgesagt, wird sich von Menschen distanziert.

Mein Hauptproblem ist daher nicht, dass sich die Grenzen des Sagbaren verschoben hätten, dass wir also mehr Rassismus oder Antisemitismus erleben, sondern dass sich der Diskursraum insgesamt verengt hat. Die eigentliche Grenze verläuft nicht beim Sagbaren, sondern bei der Bereitschaft, Widerspruch auszuhalten und kontroverse Stimmen zuzulassen.

Sollte in der Debatte auch antiisraelischen oder wirklich radikalen Stimmen

Raum gegeben werden – oder schadet das dem demokratischen Diskurs?

Wieder zu den Abstufungen: Antiisraelische Stimmen – und da rede ich nicht von Kritik an der Politik Israels, sondern von Antizionismus, von „From the river to the sea“, also nur Palästina, kein Israel – werden von der Meinungsfreiheit gedeckt. Verbote wurden versucht und sind berechtigterweise an Verwaltungsgerichten gescheitert. Die Frage ist, ob diese Stimmen Prominenz bekommen sollen. Wir müssen den Gesamtkontext sehen. Es gibt diese Stimmen nicht nur auf propalästinensischer Seite, sondern auch in der israelischen Regierung, auf proisraelischer Seite: die gleiche „From the river to the sea“-Ideologie, nur mit Israel statt Palästina.

Die Aufregung über den Auftritt des Rappers Cheket war groß, weil er ein T-Shirt trug, das nur Palästina zeigte. Als die Bundestagspräsidentin Julia Klöckner das Gleiche tat, nur mit Israel-Flagge, sodass alle palästinensischen Gebiete verschwanden, gab es keine Aufregung oder gar Absagen von Veranstaltungen mit Frau Klöckner.

Wir wären gut beraten, gleiche Maßstäbe anzulegen. Sowohl Cheket als auch Frau Klöckner dürfen so etwas äußern, das gehört zur Meinungsfreiheit. Zugleich wäre es gut, wenn die vernünftige Öffentlichkeit das verpönt: Ihr dürft das sagen, aber wenn wir aus Deutschland konstruktiv zur Konfliktlösung beitragen wollen, müssen wir radikale Positionen gleichermaßen ablehnen – die Auslöschung des Staates Israel wie die Auslöschung der Palästinenser.

„Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ – ein viel zitierter Satz, sehr unterschiedlich interpretiert. Was heißt das für Sie konkret in Zeiten von Krieg

und massiven Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten? Wie würden Sie diesen Satz deuten?

Angela Merkel hat diesen Satz 2008 vor der Knesset bewusst vage formuliert. Sie sprach davon, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Man kann hineininterpretieren, dass es noch andere Teile gibt, die in der Rede nicht explizit erwähnt wurden.

Man sollte den Kontext betrachten: 2008 war Ehud Olmert Ministerpräsident in Israel. Es gab die Bedrohung durch das iranische Atomprogramm, und Olmert ging in ernsthafte Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde mit dem erklärten Ziel der Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung. Er erfuhr Widerstand im Ausland und in Israel. Merkel sagte zu diesem Zeitpunkt in Richtung Olmert: Du kannst diesen Weg gehen, Deutschland steht hinter dir. Drei Sätze vorher spricht sie explizit von der Zwei-Staaten-Lösung. Insofern kann man Staatsräson nicht abgekoppelt verstehen von den Bemühungen Israels um eine friedliche Lösung mit den Palästinensern und der Unterstützung Deutschlands dafür.

Seit 2008 haben sich die Vektoren gedreht. Wenn diese Staatsräson nun also genutzt wird, um eine Regierung zu unterstützen, die sich gegen friedliche Lösungen entschieden hat, dann wird der Begriff von seiner Bedeutung entkernt.

Und was bedeutet der Satz heute?

Will man der Intention Merkels treu bleiben, würde das in der konkreten Situation seit dem 7. Oktober – eigentlich schon seit Dezember 2022, als die amtierende Regierung in Israel an die Macht kam, die Brandmauer in Israel fiel und Rechtsextremisten zur dominanten Kraft im Kabinett wurden – bedeuten: Die deutsche Staats-

räson gilt der israelischen Opposition, die in Israel auf die Straße geht mit der Forderung nach Ende des Krieges, nach Schutz der liberalen Elemente der israelischen Demokratie, der Unabhängigkeit der Justiz und so weiter. Das sind die Werte, die damals mit der Staatsräson einhergingen, und diese ursprüngliche Absicht sollten wir nicht vergessen.

Wie kann man Kritik an der israelischen Regierung äußern, ohne antisemitische Muster zu bedienen oder den Vorwurf der Doppelmoral zu erwecken? Wie geht das?

Das ist vielleicht die meistgestellte und zugleich einfachste Frage. Warum ist es immer noch nicht klar? Weil es eine starke Instrumentalisierung gibt. Die israelische Regierung, Netanjahu, hat schon vor dem 7. Oktober gezielt die Grenze verwischt. Kritik, auch scharfer Widerspruch an Politik und militärischem Vorgehen Israels, wurde zunehmend als antisemitisch bezeichnet, um sich gegen Kritik zu immunisieren.

Wir müssen uns klarmachen: Jegliche Kritik an Entscheidungen der israelischen Regierung – wie an jeder anderen Regierung – ist zulässig. Jede Operation der israelischen Armee – wie bei jeder anderen Armee – sollte kritisch begleitet werden. Ob Kritik stimmt oder nicht, ist eine andere Frage. Auch falsche Kritik macht sie nicht gleich antisemitisch. Man muss Argumente finden und falsche Kritik widerlegen, aber falsche Kritik ist kein Antisemitismus. Antisemitisch wird es dort, wo nicht nur die völkerrechtlich berechnete Forderung der Palästinenser nach einem eigenen Staat erhoben wird, sondern mitschwingt, dass der Staat Israel verschwinden solle.

Interessant ist, dass diejenigen, die das Völkerrecht in dieser Frage ausklammern,

sich sonst dafür stark machen. Israel ist durch die Entscheidung der Vereinten Nationen von 1947 legitimiert. Und die Grenzen von 1967 sind durch die Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats verankert. Wenn man nicht nur die Besatzung beenden, sondern den Staat selbst aus der Welt schaffen will, dann sind dahinter in 95 Prozent der Fälle antisemitische Vorurteile. Sonst kann ich mir nicht erklären, warum hier eine Ausnahme gemacht wird. In keiner anderen Konfliktregion werden solche Forderungen gestellt. Niemand fordert von Putin, Russland müsse von der Landkarte verschwinden; gefordert wird das Ende der Besatzung ukrainischer Regionen. Genauso in anderen Konflikten.

Gibt es weitere Aspekte?

Natürlich. Juden auf der ganzen Welt werden schnell verantwortlich gemacht für das Handeln des Staates Israel und seiner Streitkräfte. Es war nicht überraschend, dass sich nach dem 7. Oktober antisemitische Vorfälle in Deutschland versechsfachten. Mittlerweile sind sie etwas zurückgegangen, aber bis heute sind es etwa drei Mal so viele antisemitische Straftaten wie vor dem 7. Oktober. Das bedeutet: Jeder Jude wird verantwortlich gemacht für die Entscheidungen Netanjahus, obwohl die überwiegende Mehrheit der Juden weltweit nicht einmal über ein Wahlrecht in Israel verfügt. Wir würden es auch als falsch ansehen, wenn Moscheen angegriffen werden, um gegen Erdoğan's Politik zu protestieren. Genauso ist es falsch, Juden anzugreifen, um Kritik am Staat Israel auszudrücken.

Wenn wir abschließend auf die Rolle der Medien zurückkommen, was wünschen Sie sich von Journalistinnen und Journalisten, um Verständigung und Vertrauen wiederherzustellen?

„Die eigentliche Grenze verläuft nicht beim Sagbaren, sondern bei der Bereitschaft, Widerspruch auszuhalten“

Deutsche Medien sind sehr stark in der Kritik. Wenn man in beide Echokammern hineinhorcht, hört man die eine Seite sagen, deutsche Medien seien der verlängerte Arm der Staatsräson, israelische Propaganda werde ungefiltert weitergegeben. Die andere Seite sagt das genaue Gegenteil: Verbreiter der Hamas-Propaganda, Opferzahlen aus Gaza würden einfach übernommen, „Hungerkampagnen“ weiterverbreitet, alles nur „Pallywood“ und KI-generierte Bilder.

Beides wäre nicht gut ...

Ich will die deutschen Medien nicht pauschal freisprechen. Aber in dieser Zeit, in der seriöse Medien stark unter Druck stehen, wie man es schon während der Corona-Pandemie beobachten konnte, wird alles infrage gestellt.

Es wird imaginiert, Medien repräsentierten fremde Interessen in den Diensten des Staates. Das ist sehr gefährlich, weil das Vertrauen in seriöse Medien erodiert. Menschen glauben eher dem eigenen Feed auf *TikTok* oder *Instagram* als dem, was man im *Spiegel* oder in der *Tagesschau* liest und sieht. Dann geht es nicht mehr um Fakten oder deren Bedeutung, sondern um völlig unterschiedliche Realitäten. Wenn der eine sagt, draußen ist Tag, der andere sagt, es ist Mitternacht – worüber soll man diskutieren, wenn man sich nicht auf grundlegende Fakten einigen kann?

An dieser Stelle will ich für seriöse Medien sprechen und meine damit dezidiert nicht die *Springer*-Presse. Wo Journalistinnen und Journalisten nicht vertraglich verpflichtet sind, sich auf eine Seite zu stellen, sondern auf ihre fachliche Kompetenz angewiesen sind, weiß ich, wie schwierig die Bedingungen für deutsche Korrespondenten in Israel und im Westjordanland sind. In vielen Redaktionen gibt es viel Selbstkritik; ich war in Besprechungen großer deutscher Zeitungen und habe erlebt, wie in den Redaktionen gestritten wird. Das ist ein Zeichen von Professionalität und Seriosität.

Wir haben in Deutschland – insbesondere aus einer internationalen Perspektive – immer noch eine sehr vielfältige, seriöse und fachlich starke Medienlandschaft, auch wenn im Einzelfall Fehler passieren. Das anzuerkennen ist wichtig, damit nicht die Logik der Echokammern die Debatte dominiert. Diese Arbeit seriöser Medien sollten wir unterstützen.

Nicht alles lief super. Es gab auch Berichte, die mich geärgert haben, wo unprofessionell gearbeitet wurde und man in die eine oder andere Propagandafalle fiel. Doch wenn man den Blick etwas weitet, kann man seriösen deutschen Medien ein gutes Zeugnis für ihre Berichterstattung über diesen Krieg und Konflikt ausstellen.

Das Interview führte Martin Bialecki; Mitarbeit: Elias Noeske

IP



Verzerrungen

Was wirklich geschehen ist am 7. Oktober 2023, darüber sind noch am Tag des Terrorüberfalls auf Israel massiv und gezielt Lügen und Behauptungen gestreut worden. Wenige Ereignisse haben danach Öffentlichkeiten weltweit so polarisiert wie der Krieg in Gaza. Texte über das Ringen um die Wahrheit, über Propaganda und Desinformation.

Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge

Desinformation im Krieg zwischen der Hamas und Israel hat global den Diskurs vergiftet. Zentraler Hebel: Social Media und traditionelle Nachrichten.

Von Nicholas Potter

Der Krieg zwischen der Hamas und Israel im Gazastreifen war auch ein Krieg der Bilder, Narrative und Zahlen. Vor dem globalen Gericht der öffentlichen Meinung suchen die Anhänger beider Seiten nach moralischer Legitimität. Dies zeigt sich besonders deutlich in den sozialen Medien, wo die Grenze zwischen Fehlinformationen und Desinformation zunehmend verschwimmt – manchmal sogar absichtlich verwischt wird: Ersteres findet nämlich nicht vorsätzlich statt, während es bei Letzterem um eine absichtliche Manipulation durch die gezielte Verbreitung von Unwahrheiten geht. Ideologische Voreingenommenheit motiviert viele dazu, unbestätigte oder fiktive Behauptungen zu verbreiten, um ihre politischen Ziele voranzutreiben. Ungenaue Berichterstattung wird von Kanälen und Accounts mit politischer Agenda absichtlich verstärkt. Und oft lauern antisemitisch gefärbte Verschwörungsnarrative direkt unter der Oberfläche.

Die Gefahren sind immens: Gefälschte Fotos und falsche Statistiken können eine Welle der Empörung im Internet auslösen,

die die Nutzer sozialer Medien emotionalisiert und radikalisiert, sodass sie in einem hitzigen Konflikt kompromisslose Positionen einnehmen. Gleichzeitig werden Behauptungen über Desinformation von beiden Seiten genutzt, um die sehr realen Fakten vor Ort in Gaza zu diskreditieren. „Das eigentliche Ziel der Verbreitung von Desinformation ist es, Sie an einen Punkt zu bringen, an dem Sie nichts mehr glauben oder vertrauen“, erklärt Tal Hagin, ein unabhängiger Desinformationsforscher, der zuvor mit der israelischen Faktenprüfungs-Plattform *FakeReporter* zusammengearbeitet hat, in einem Interview. „Das Ziel ist, dass Sie glauben, es gäbe keine Wahrheit oder objektive Realitäten.“ Im Krieg zwischen der Hamas und Israel war dies mehr und mehr der Fall.

Traditionelle Nachrichten und soziale Medien spielen dabei eine Schlüsselrolle. „Es gibt eine Überflutung an Informationen, die durch das gesamte Medienökosystem fließen und ihren Ursprung in den sozialen Medien haben“, sagt Peter Lerner, ein pensionierter Oberstleutnant, der während der ersten anderthalb Jahre



Nicholas Potter
ist Journalist und
Redakteur bei der
Berliner Tageszei-
tung taz.

des Krieges als Sprecher der israelischen Streitkräfte für ausländische Medien tätig war, in einem Interview. „Und dann versuchen die Menschen verzweifelt herauszufinden, was tatsächlich passiert ist, ob etwas real ist oder nicht.“ Soziale Medien seien notorisch ungeduldig, sagt Lerner. „Früher sprachen wir von der goldenen Stunde, um auf eine Behauptung oder einen sich entwickelnden Vorfall zu reagieren. Jetzt haben wir nur noch Minuten Zeit, um relevant zu sein.“

Die folgende Analyse untersucht ausgewählte Fälle von Fehlinformationen und Desinformation im Krieg zwischen der Hamas und Israel. Sie zeigt die feine Grenze zwischen schlampiger Berichterstattung und vorsätzlicher Manipulation in einem sich schnell entwickelnden Kriegsgebiet, zu dem Israel internationalen Journalisten den Zugang verwehrt hat, und in dem die Hamas nach wie vor erhebliche Kontrolle über den Informationsfluss hat.

False Flags

Verschwörungserzählungen grassierten seit dem ersten Tag des Krieges. Der 7. Oktober 2023 selbst, an dem die palästinensische Terrororganisation einen Angriff führte, bei dem etwa 1200 Menschen in Israel, überwiegend Zivilisten, getötet und weitere 250 nach Gaza entführt wurden, wird von einer wachsenden Zahl von „Truthers“ auf Social-Media-Plattformen wie *Telegram*, *TikTok* und *Reddit* als „False Flag“-Operation abgetan. Anhänger dieser Verschwörungstheorie behaupten, dass Israel hinter dem Massaker stecke, um einen Völkermord in Gaza zu verüben. Diese Behauptungen finden zwar bei antisemitischen, den Holocaust leugnenden Rechtsextremen Anklang, werden aber zunehmend auch von Personen verbreitet, die sich selbst als politisch links einordnen.

Ein Beispiel dafür ist Roger Waters. Einen Monat nach dem Angriff spekulierte das ehemalige Mitglied von Pink Floyd in einem Interview, dass der von der Hamas angeführte Angriff eine „False-Flag-Operation“ sein könnte, und verglich ihn mit dem 11. September 2001, indem er sagte, es sei unmöglich zu wissen, was „tatsächlich passiert“ sei. In einem weiteren Interview im Juli 2024 behauptete Waters fälschlicherweise, die israelische Regierung habe den Angriff absichtlich zugelassen.

Waters ist keineswegs allein. Die linksradikale Desinformationswebsite *The Grayzone* veröffentlichte drei Wochen nach dem Angriff einen Artikel, in dem der Autor behauptete, Israel sei für viele, wenn nicht sogar für die meisten israelischen Opfer am 7. Oktober verantwortlich. Ähnliche Behauptungen wurden am ersten Jahrestag des Angriffs vom anti-israelischen Blog *Electronic Intifada* in einem Artikel mit dem Titel „Wie Israel am 7. Oktober Hunderte seiner eigenen Bürger tötete“ veröffentlicht.

Ein Beispiel ist die Behauptung von Mohammed Hamad, einem Arzt aus Gaza, vom August 2025, dass Israel einen „biologischen Krieg“ mit krebserregenden Mykotoxinen führe, die angeblich in Bohnen und Hülsenfrüchten gefunden wurden, die im Rahmen humanitärer Hilfe geliefert wurden. Als „Beweis“ lud Hamad ein Foto von schimmlichen Erdnusskernen hoch, das laut einer detaillierten Bildersuche 2008 in Mosambik aufgenommen wurde. Hamads Beitrag wurde fast 700 000 Mal auf X angesehen und vom Hamas-nahen *Quds News Network* aufgegriffen.

Ähnliche, unbestätigte Anschuldigungen aus dem Juni 2025, die vom Hamas-geführten Regierungsmedienbüro in Gaza stammen, beschuldigten Israel, das Opioid Oxycodon in Mehlsäcke zu mischen, die in den Küstenstreifen gelangen, um „die

palästinensische Gesellschaft von innen heraus zu zerstören“. Diese Behauptungen wurden von *Anadolu* und *TRT* verbreitet, zwei staatlichen türkischen Nachrichtenagenturen. „Ich bezweifle, dass die westlichen Medien darüber berichten werden!“, schrieb ein Nutzer auf *Facebook*. Ein anderer sagte in Anspielung auf Hitler: „Der Mann mit dem Schnurrbart hatte zu 100 Prozent Recht mit ihnen.“

Oft sehr drastische Bilder spielen eine wichtige Rolle dabei, die öffentliche Wahrnehmung des Krieges in Gaza zu prägen, und überschwemmen die Timelines der sozialen Medien. „Wir sind näher am Schlachtfeld als je zuvor“, erklärt Tal Hagin. „Bilder spielen heute eine sehr große Rolle bei der Verbreitung von Desinfor-

mation, und sie können unsere Emotionen auf eine Weise ansprechen, wie es Worte nicht können – das erleichtert die Verbreitung von Desinformation.“

Viele erschütternde Bilder aus Gaza, die Leid, Hunger und Tod zeigen, sind authentisch. Einige jedoch nicht. KI-generierte Bilder werden häufig als echt präsentiert. Fotos aus anderen Konflikten oder Situationen werden fälschlicherweise Gaza zugeschrieben. Gleichzeitig werden echte Fotos als KI abgetan. Das Ergebnis ist ein online ausgetragener Kampf um die Echtheit von Bildern. „Wir leben in einem postfaktischen Zeitalter der KI und Deepfakes, und die Algorithmen der sozialen Medien untergraben die Wahrheit in jeder Hinsicht“, sagt Oren Persico, ein israelischer

Was zeigt ein Bild, was kann man glauben? Auf dem Foto sind am 7. August 2025 abgeworfene Hilfslieferungen bei Rafah zu sehen – verfälschend interpretiert werden könnte es aber auch ganz anders.



Journalist und Medienanalyst der Website *The Seventh Eye*. „Das Vertrauen in die Nachrichtenmedien ist stark gesunken“, sagt Persico in einem Interview, „und die Medienorganisationen sind zunehmend agendaorientiert geworden.“

Ein Beispiel für Fehlinformation ist ein Foto von Mariam Dawwas, einem stark abgemagerten neunjährigen Mädchen in Gaza, das nur zehn Kilogramm wiegt und im August 2025 vom AFP-Fotografen Omar al-Qattaa aufgenommen wurde. Laut der Fotodatenbank der AFP hatte das Mädchen „keine bekannte Krankheit“. Internationale Medien haben dieses Foto als Symbol für die Ernährungskrise in Gaza veröffentlicht. Der britische Blogger David Collier konnte jedoch die Krankenakte des Mädchens einsehen: Sie litt tatsächlich an einer bereits zuvor bestehenden, aber nicht bekanntgegebenen Verdauungsstörung namens „intestinale Malabsorption“, was ihre extreme Auszehrung erklärte. Gleichzeitig behauptete Grok – die in X integrierte KI – fälschlicherweise und wiederholt, dass ein Foto von Mariam Dawwas tatsächlich vor sieben Jahren im Jemen aufgenommen worden sei.

Dies ist keineswegs ein Einzelfall. Ein Foto des nur anderthalb Jahre alten Mohammed Zakaria al-Mutawaq wurde im Juli 2025 von zahlreichen internationalen Medien veröffentlicht. Die *ZEIT* veröffentlichte das Foto, das seinen skelettartigen Körper zeigt, mit der Überschrift „So sieht Hunger aus“, ohne zu erwähnen, dass er an mehreren Vorerkrankungen leidet, die seine Muskelentwicklung beeinträchtigen, darunter Zerebralparese. Zahlreiche Medien, darunter Die *ZEIT* und die *New York Times*, ergänzten ihre Berichterstattung später aufgrund der weit verbreiteten Kritik um diesen fehlenden Kontext. Die Boulevardzeitung *Bild* hingegen stellte in einem Artikel vom August 2025 mit dem

Echt oder KI-generiert: Der Kampf um die Echtheit von Bildern wird online ausgetragen

Titel „Dieser Gaza-Fotograf inszeniert Hamas-Propaganda“ die Bilder aus Gaza weiter infrage. *Bild* behauptete, dass ein Foto, das den Fotografen Anas Zayed Fteiha beim Fotografieren von Menschen in Gaza zeigt, die mit Kochtöpfen an einer Lebensmittelverteilungsstelle warten, beweise, dass solche Szenen gefälscht seien – eine selektive Interpretation, die zwischen Fehl- und Desinformation changiert. Der Artikel wurde von staatlichen israelischen Social-Media-Konten aufgegriffen, wobei eines ihn als „Pallywood“ bezeichnete, das dazu diene, „die Weltöffentlichkeit zu manipulieren“. *FakeReporter* und der *Spiegel* widerlegten Bild und bewiesen, dass Fteiha tatsächlich Fotos in einer aktiven Feldküche aufgenommen hatte.

Vertrauen wird untergraben

Das Ergebnis ist ein dreifaches: Erstens wird durch das Weglassen wichtiger Kontextinformationen wie bereits bestehender Erkrankungen die sehr reale, weit verbreitete Ernährungskrise in Gaza unter den Nutzern sozialer Medien in Zweifel gezogen. Zweitens lenken hitzige Diskussionen über die genannten Krankheiten von der Tatsache ab, dass Hunger solche Krankheiten erheblich verschlimmert. Und drittens wird das Vertrauen in traditionelle Medien untergraben, da einige Nutzer sozialer Medien das Gefühl haben, sie könnten den Bildern aus Gaza nicht mehr glauben.

Einige Fotos, die in den sozialen Medien kursieren, stammen gar nicht aus Gaza. Im Februar 2024 veröffentlichte der offizielle

X-Account des Staates Israel eine Aufschlüsselung der humanitären Hilfe, die angeblich in den Gazastreifen gelangte, nachdem es weit verbreitete Kritik gegeben hatte, dass nicht genug getan werde. Der inzwischen gelöschte Beitrag war mit einem Foto versehen, das angeblich ein Zeltlager mit Hilfsgütern in Gaza zeigte. Eine Bildersuche ergab, dass das Foto nicht aus Gaza stammt, sondern aus einem Video eines Flüchtlingslagers in Moldawien für Menschen, die 2022 vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind. Persico spricht von einer israelischen „Kampagne“, die „unerlässlich ist, um den Glauben aufrechtzuerhalten, dass die israelische Armee keine Kriegsverbrechen in Gaza begeht, und um die öffentliche Unterstützung für den Krieg aufrechtzuerhalten“.

Leiden als Statistik

Zahlen aus Gaza können genauso emotionalisieren wie Bilder. Am 18. September 2025 teilte ein selbsternannter „Aktivist gegen digitale Desinformation“ aus Madrid mit über 180 000 Followern ein Video von Francesca Albanese auf X, in dem die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die Menschenrechtslage in den palästinensischen Gebieten von möglicherweise 680 000 Todesfällen in Gaza sprach, darunter angeblich 380 000 Kinder unter fünf Jahren, und hinzufügte, dass „es schwierig sein würde, diese Zahl zu beweisen oder zu widerlegen“. Der Aktivist nutzte diese Behauptung als Beweis dafür, dass Israel einen „Völkermord“ begeht.

*Falsche Daten, Mengen
und Orte: Zahlen aus Gaza
können genauso emotiona-
lisieren wie Bilder*

Es ist unmöglich, dass diese Behauptung wahr ist. Die UNRWA schätzt, dass es in Gaza insgesamt nur 320 000 Kinder unter fünf Jahren gibt. Das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium, das nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheidet, beziffert die Gesamtzahl der Todesfälle seit Kriegsbeginn in allen Altersgruppen bis September 2025 auf 65 000, davon 18 400 unter 18 Jahren. Dieser Fall grenzt an Desinformation, da eine UN-Sonderberichterstatterin zuständig für Gaza all das wissen müsste. Albanese reagierte nicht auf eine Bitte um Stellungnahme.

Im Mai 2025 machte ein hochrangiger humanitärer Vertreter der Vereinten Nationen im *BBC Radio 4* eine noch dramatischere Aussage: 14 000 Babys in Gaza würden innerhalb der nächsten 48 Stunden sterben, wenn sie nicht sofort Hilfe erhielten. Dies wurde von den internationalen Medien ausführlich berichtet und in den sozialen Medien geteilt, bevor die BBC das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten um Klarstellung bat, das etwas anders formulierte, dass nämlich 14 000 „schwere Fälle von akuter Unterernährung“ im Laufe eines Jahres zu erwarten seien. Die anschließende Korrektur durch die BBC hatte kaum Auswirkungen. Der Chef-Auslandskorrespondent der *Sunday Times* schrieb auf X in einem Beitrag, der über 215 000 Mal angesehen wurde und auch Monate später noch nicht gelöscht oder geändert wurde: „Wie konnte die Welt das zulassen?“ Humza Yousaf, der ehemalige Erste Minister von Schottland, schrieb in einem Beitrag, der über 400 000 Mal angesehen wurde und ebenfalls nicht gelöscht wurde: „Handeln Sie ... Tun Sie etwas. Das Leben von 14 000 Babys hängt davon ab.“ Ein Nutzer schrieb: „Wir müssen alles in

unserer Macht Stehende tun, um Israel davon abzuhalten, solche Gräueltaten zu begehen.“ Diese Behauptung ist bis heute auf der *BBC*-Website zu finden.

*Dramatisierte Erzählungen,
Angaben und Bilder
erzeugen bei den Nutzern
sozialer Medien ein
Gefühl der Dringlichkeit,
das hoch emotionalisiert*

Ein weiteres Beispiel: Im Juni 2025 schrieb der offizielle Account der palästinensischen Vertretung bei den Vereinten Nationen auf X: „Eine mit Harvard in Verbindung stehende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Israel fast 400 000 Palästinenser in Gaza ‚verschwinden‘ ließ, die Hälfte davon Kinder“, und verlinkte dabei auf einen Artikel des libanesischen Online-Magazins *The Cradle*. Der Artikel wurde inzwischen gelöscht, aber der Beitrag der palästinensischen UN-Mission auf X, der mehr als 46 000 Mal aufgerufen wurde, nicht. Die Behauptung, die sich schnell viral verbreitete, basiert nicht auf einer Harvard-Studie, sondern auf einer Vorabveröffentlichung, die in Harvards Dataverse, einem Archiv, hochgeladen wurde und in der keine Erwähnung von etwa 400 000 Palästinensern zu finden ist, die angeblich verschwunden sind. Die palästinensische UN-Mission ließ eine Anfrage um Stellungnahme unbeantwortet.

Ein Angriff unter falscher Flagge am 7. Oktober, mit Opioiden versetztes Mehl, eine inszenierte Hungersnot und 14 000 Babys, die unmittelbar vom Tod bedroht sind – dramatisierte Erzählungen, Zahlen und Bilder erzeugen bei den Nutzern

sozialer Medien ein Gefühl der Dringlichkeit, das sie sowohl hoch emotionalisiert als auch zu drastischen Handlungen animiert. Diese Fälle zeigen aber auch das Wechselspiel zwischen Fehlinformation, Desinformation und Verschwörungsmythos: Oft ist eine böswillige Absicht der Manipulation schwierig nachzuweisen, denn viele Social-Media-Nutzer halten aufgrund ideologischer Überzeugung die betreffenden Aussagen tatsächlich für richtig, während sie andere mit einer klaren Agenda bewusst verstärken.

Emotionale Radikalisierung

Tom Khaled Würdemann, Historiker am Zentrum für Jüdische Studien in Heidelberg und Spezialist für die palästinensische Nationalbewegung, sieht diese emotionalisierte Radikalisierung auf beiden Seiten des Konflikts, sagt jedoch, dass sie im propalästinensischen Lager sehr systematisch geworden ist, angeheizt durch Influencer und Medienaktivisten, die die Aufmerksamkeitsökonomie des Online-Aktivismus durch Fake News monetarisiert haben.

„Wenn man sich die Bilder und die schrecklichen Nachrichten aus Gaza ansieht, braucht es gar keine Desinformation, um viele Menschen zu radikalisieren“, erklärt Würdemann. „Aber Desinformation verstärkt dieses Gefühl noch mehr, und angesichts eines als dämonisch empfundenen Feindes in Form Israels führt dies dazu, dass man sich kein friedliches Ende dieses Konflikts mehr vorstellen kann, denn Gerechtigkeit gegenüber Monstern wie den israelischen Juden muss bedeuten, dass sie verschwinden – was dem sehr ähnlich ist, wie viele auf der israelischen Rechten die Zerstörung Gazas nicht nur als notwendig, sondern als moralisch gut ansehen.“

Übertragen aus dem Englischen von M. Bialecki

IP

Krieg in einer postfaktischen Welt

Neben der physischen Front gab es in Gaza eine zweite, den Kampf um die Wahrheit. Eine Analyse der Strukturen und Wirkung von Propaganda – und wie man ihr begegnet.

Von Roman Beliaevski und Guilherme Correia da Silva

Filmt weiter. Wir brauchen Videos!“ Während der Angriffe am 7. Oktober 2023 trugen Kämpfer der Hamas Smartphones und Bodycams bei sich, um die Morde an Israelis zu dokumentieren, Entführungen und Brandstiftungen. Ihr ausdrücklicher Befehl lautete zu filmen, sagt der Cyberterrorismus-Experte Gabriel Weimann. Wenn es um Medien geht, sei die Hamas eine der erfahrensten und raffiniertesten Terrororganisationen der Welt.

Seit ihrer Gründung unter Scheich Yassin macht sich die Hamas den Medienapparat zunutze. Ende der 1990er Jahre passte sich ihre Führung auch an den Cyberspace an und nutzt ihn seither als Propaganda- und psychologische Waffe.

So wurden auch die Angriffe am 7. Oktober sorgfältig geplant. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Hamas allein schätzungsweise 1500 Kräfte, die sich auf Propaganda konzentrierten. In der Nacht zuvor aktivierten Hamas-Kämpfer laut Angaben der IDF Dutzende israelischer SIM-Karten – für eine stärkere Internetverbindung.

Während Terroristen über 1200 Menschen töteten und mehr als 200 entführten,

wurden Videos von den Angriffen in Echtzeit an die Kommandozentralen in Gaza zurückgesendet. „Filmt weiter, schickt uns mehr Filme.“ Das Filmmaterial wurde schnell bearbeitet und auf *Telegram* und anderen Social-Media-Plattformen veröffentlicht – Plattformen, die, wie Weimann bemerkt, „niemand reguliert“.

Durch dieses ungeschützte Tor war es möglich, Israel mit ungefilterten Bildern zu erschüttern und schnell die palästinensische Öffentlichkeit und ein breiteres internationales Publikum zu erreichen. Die Videos präsentierten die Hamas als eine Kraft, die in der Lage ist, Israel anzugreifen; dabei instrumentalisierte die Gruppe jahrhundertealte Auseinandersetzungen über Territorium und Selbstverwaltung. Das markierte lediglich die erste Phase der Propagandakampagne der Hamas.

Die zweite Phase, so Weimann, umfasste die Verwendung von Geiselveideos als strategisches „Kapital“ in den Verhandlungen mit Israel, wobei eine Taktik wiederholt wurde, die 2011 für die Freilassung von mehr als tausend palästinensischen Gefangenen im Austausch gegen den



Roman Beliaevski
studiert im Master
Politikwissen-
schaft mit den
Schwerpunkten
Osteuropa und
Nahost.

israelischen Soldaten Gilad Shalit angewendet worden war.

Was folgte, beschreibt Weimann als ein „Theater des Terrors“, das zugleich eine Botschaft von „Herrschaft“ und „Humanitarismus“ vermitteln sollte. Anfang 2025 wurden Geiseln in Gaza vorgeführt und mit Urkunden und anderen „Souvenirs“ ihrer Gefangenschaft präsentiert. Am 20. Februar inszenierte die Hamas in Khan Yunis die Ausstellung von vier schwarzen Särgen, in denen sich laut Angaben der Gruppe die Überreste von vier Geiseln befanden, darunter Shiri Bibas und ihre beiden kleinen Söhne. Hamas-Mitglieder, erkennbar an ihren charakteristischen grünen Stirnbändern, hielten mit automatischen Waffen Wache, während im Hintergrund Musik erklang und Kinder zuschauten. Monate später organisierte die Hamas vor der Freilassung der letzten lebenden Geiseln Videotelefonate. In einem dieser Gespräche befahl ein vermummter Terrorist: „In den Nachrichten verwenden!“

Nach den Attacken vom 7. Oktober griff der Kampf um Deutungshoheit weiter aus. Die Bloggerin Ella Kenan berichtet, dass in den sozialen Medien falsche Behauptungen binnen weniger Minuten kursierten, Israel habe Gaza gestürmt; bald darauf folgten Vorwürfe des Völkermords. „Die Darstellung, Israel begehe Völkermord, entstand bereits, als die Israelis noch um ihr Leben kämpften“, erzählt sie. „Zwei meiner Freunde wurden für tot erklärt. Krankenhäuser suchten nach

Blutspenden, ich ging hin. Währenddessen formten andere bereits die Erzählung.“ Kenan beschloss, sich dagegen zu wehren und in den sozialen Medien eine andere Geschichte zu erzählen. Am Tag nach dem 7. Oktober kam Kenan auf den Slogan „Hamas ist ISIS“. Ihr Ziel, so erzählt sie uns, war es, einem westlichen Publikum durch die vertraute Darstellung einer anderen Terrororganisation die Dimension der fundamentalen Bedrohung zu vermitteln, der Israel ausgesetzt ist. Innerhalb weniger Tage verbreitete sich der Satz viral.

Es gab eine Debatte über die Richtigkeit des Vergleichs; ob er nun präzise war oder nicht, „wichtig ist, dass die Leute darüber reden“, sagt Kenan. Der Vergleich wurde von politischen Führern weltweit aufgegriffen, darunter auch US-Präsident Joe Biden. Noch bedeutsamer sei, so Kenan, dass dieser Satz die Hamas dazu bewegen habe, ihre Drohung zurückzunehmen, die Hinrichtungen von Geiseln live zu übertragen, so wie es einst ISIS getan hatte. Zugleich hat die Hamas einige der Geiseln freigelassen. „Sie haben sie an die Grenze gebracht, um zu zeigen, wie human sie seien“, sagt Kenan – die Hamas berief sich auf „humanitäre Gründe“, um am 20. Oktober 2023 zwei Frauen freizulassen, und fügte hinzu, dass sie damit beweisen wolle, dass Präsident Biden Unrecht habe.

Wider die Wissensvergiftung

Im Rahmen ihrer Gegenpropaganda-Bemühungen gründete Kenan eine Organisation zur Bekämpfung dessen, was sie als „Wissensvergiftung“ bezeichnet, indem sie Desinformation aufdeckt und das, was sie als Manipulation von Informationen im Cyberspace ansieht, einschließlich Wikipedia. „Das Besondere an dieser Zeit“, sagt sie, „ist, dass es weniger Ankerpunkte der Wahrheit gibt, also vereinbarte Fakten, auf

Den Vorwurf des Völkermords gab es noch am 7. Oktober 2023 – an die Adresse Israels



Guilherme Correia da Silva

ist Journalist und Redakteur. Derzeit ist er bei der *Deutschen Welle* stellv. Leiter der Abteilung „Portugiesisch für Afrika“.

denen eine Diskussion aufbauen kann.“ Kenan sieht diese Kriegsfront, den Kampf um die Wahrheit, als eine Herausforderung für demokratische Gesellschaften weltweit, nicht nur für Israel. „Als Juden sind wir in der Regel die ersten Opfer, der Kanarienvogel in der Kohlengrube, aber wir werden nicht die letzten sein.“

Extreme Polarisierung

Der Krieg in Gaza hat die Welt wie kaum ein anderer polarisiert. Influencer, Politiker und NGOs lieferten sich emotionale Auseinandersetzungen darüber, was rechtmäßig oder unrechtmäßig, gerecht oder ungerecht, liberal oder illiberal sei. In den Medien, auf den Straßen, an den Universitäten wurden Barrikaden errichtet, die die Spaltung zwischen einem proisraelischen und einem propalästinensischen Lager zementierten. In sozialen Netzwerken, sagt der Kommunikationswissenschaftler Marcus Bösch, haben alle Seiten „fast alles genutzt, von KI-Tools bis hin zu Trends und Memes“. Verschiedene Informationsströme ergossen sich in die Flut der öffentlichen Debatte. Propaganda, falsche Angaben und Desinformation vermischten sich mit der Wahrheit und verwischten die Grenze zwischen Fakten und Fiktion. So funktioniert der Informationskrieg in einer postfaktischen Welt.

Angesichts einer solchen Unübersichtlichkeit waren viele unsicher, was sie überhaupt glauben sollten. Laut Bösch hatten die Konfliktparteien auch „wenig Interesse daran, objektivierbare Fakten zu kommu-

nizieren“; ihr Ziel bestand vielmehr darin, von der eigenen Erzählung zu überzeugen. Seit dem ersten Tag des Krieges gab es hetzerische Äußerungen von Mitgliedern des Kabinetts von Premierminister Netanjahu: Es wurde die „vollständige Zerstörung“ des Gazastreifens gefordert oder dazu aufgerufen, „nur Sprengstoff“ und „kein einziges Gramm“ Hilfsgüter zu schicken. Solche Äußerungen überlagerten die Bilder von Zerstörung und Leid, die die Fernseh- und Handybildschirme füllten, und befeuerten die internationale Verurteilung. „Es entstand der Eindruck, dass das Land von rücksichtslosen Politikern regiert wird, die keine Verantwortung übernehmen und nur ein paar Klicks in den sozialen Medien suchen, um ihre Basis zufrieden zu stellen“, sagt Peter Lerner, ehemaliger Sprecher der israelischen Streitkräfte für ausländische Medien. Das habe zwar keinen Einfluss auf die tatsächliche Politik, aber es habe Israels internationales Ansehen geschädigt, fügt er hinzu. Die Tatsache, dass verschiedene Stellen für die Krisenkommunikation des Landes zuständig sind, habe die Angelegenheit nur noch komplizierter gemacht: „Das größte Problem, mit dem Israel am 7. Oktober konfrontiert war, war nicht ein Mangel an Kommunikationsfachleuten, sondern die Fragmentierung und das Fehlen einer einheitlichen Botschaft.“

Persönlich habe er in diesem Krieg vor einer anderen Herausforderung gestanden: „Als ich 2014 im Namen der IDF kommunizierte, hatte ich nie das Gefühl, dass die Medien meine Aussagen grundlegend anzweifeln. Aber dieses Mal war das anders.“ Er erinnert sich auch an die erste Frage, die Journalisten dem Chefsprecher Daniel Hagari nach der Explosion im Al-Ahli-Krankenhaus im Oktober 2023 stellten: „Warum sollten wir Ihnen glauben?“

*Die Forschung sagt, der
Gazakrieg habe die
Post-Wahrheits-Ära end-
gültig besiegelt*



Am 18. Oktober 2023 gab es eine verheerende Explosion im Al-Ahli-Krankenhaus. In Windeseile wurde Israel verantwortlich gemacht. Das stellte sich rasch als unwahr heraus – hängen blieb es aber trotzdem.

Frühe Berichte behaupteten, eine israelische Rakete habe die Explosion verursacht und über 500 Menschen getötet. Mehrere Medien verbreiteten die Geschichte schnell. Die IDF wiesen die Anschuldigung später zurück und erklärten, die Rakete sei vom Islamischen Dschihad abgefeuert worden. Nur – deutlich weniger Menschen hätten diese Entwicklungen noch verfolgt, beobachtete Pascal Siggelkow vom *ARD-Faktenfinder*. Er führt diesen Fall als Warnung vor den Gefahren eines zu schnellen Nachrichtenzyklus an. Die Jagd nach Schnelligkeit kann der journalistischen Sorgfalt im Wege stehen.

„Es ist wichtig, manchmal klar zu sagen, dass wir es einfach nicht wissen“, betont Siggelkow. Er sagt, dass es im Gazakrieg schwierig gewesen sei, Informationen unabhängig zu überprüfen, unter anderem, weil nur wenige Medien-

vertreter nach Gaza gelassen wurden. Auch glaubwürdige Quellen wurden rar: Selbst bekannte Organisationen, darunter UN-Gremien, wurden der Voreingenommenheit bezichtigt.

Siggelkow verweist auf ein weiteres Beispiel: die Meldungen Anfang 2025 über die Tötung von 15 Helfern in Gaza. Die IDF erklärten zunächst, die Personen seien wegen einer verdächtigen Annäherung ihres Sanitätskonvois erschossen worden. Videoaufnahmen widersprachen dagegen der Version der IDF. Die IDF räumten später „professionelle Fehler“ bei diesem Vorfall ein, bestritten jedoch jegliche Tötungsabsichten und warfen einigen Opfern mögliche Verbindungen zur Hamas vor.

Inmitten des Informationschaos startete die Hamas die letzte international ausgerichtete Phase ihrer Propagandakampagne: „Fotografen und Mitarbeiter der

Hamas haben Bilder von der Zerstörung in Gaza gemacht. Einige sind verzerrt, andere falsch“, sagt Weimann. Allerdings sei Propaganda am wirksamsten, wenn sie einen Funken Wahrheit enthält, fügt er hinzu. Die Verwüstung und die sich verschlechternde humanitäre Lage in Gaza waren offensichtlich: „Palästinenser wurden Opfer, manchmal auf brutale Weise. Es gibt viele unschuldige Opfer.“

Daraufhin veränderte Deutschland seinen Kurs gegenüber Israel. Im Mai 2025 sagte Bundeskanzler Friedrich Merz, dass die militärischen Aktionen Israels unbegreiflich seien. Im August stellte Deutschland aufgrund der geplanten Verstärkung der Militäroperation neue Exporte von Militärgütern ein, die in Gaza eingesetzt werden könnten. Die CDU warnte in einem Positionspapier, eine Eskalation könne die sozialen Spannungen in Europa verschärfen, was im Rahmen der deutschen Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel vermieden werden müsse.

Lea Reisner, Sprecherin der Linkspartei für internationale Beziehungen, forderte einen vollständigen Stopp der Lieferungen: „Die Bundesregierung hat keine Garantie, dass die Waffen in Israel nicht für Verbrechen gegen das Völkerrecht oder Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden.“ Reisner nimmt aktiv an propalästinensischen Demonstrationen in Deutschland teil und hat in den sozialen Medien und im Bundestag den Begriff „Völkermord“ verwendet, um Israels Vorgehen im Gazastreifen zu beschreiben. „Ich verwende dieses Wort, meine Partei nicht“, erklärt sie im Gespräch. „Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung, aber die Zahl der getöteten Zivilisten ist absolut nicht zu rechtfertigen.“ Die Linke scheint bei Waffenexporten nach Israel keinen erkennbaren Unterschied zwischen Offensiv- und Defensivausrüstung zu machen.

„Manchmal ist es wichtig zu sagen, dass man nicht genau weiß, welche Information denn nun stimmt“

Für den CDU-Politiker Roderich Kiesewetter war die Aussetzung neuer Waffenlieferungen an Israel ein schwerwiegender Fehler. Er sieht die Solidarität zu Israel als Grundpfeiler der Christdemokratie und wirft Bundeskanzler Merz vor, das Erbe von Konrad Adenauer und Angela Merkel aufs Spiel zu setzen.

Moral und Strategie

Über die Solidarität mit Israel nach dem 7. Oktober hinaus sei die Zusammenarbeit sowohl eine historische moralische Verpflichtung als auch eine Frage von strategischer Bedeutung: „Wenn wir weiterhin Partner haben wollen, die uns bei der Unterstützung unserer Nachrichtendienste helfen, und wenn wir in der Cyberabwehr und anderen modernen Technologien auf der Höhe der Zeit bleiben wollen, wären wir mit dem Klammerbeutel gepudert, emotionalen Stimmungen nachzugeben.“

Kiesewetter sagt im Gespräch, er sei in der Vergangenheit innerhalb seiner eigenen Partei als „Kriegstreiber“ bezeichnet worden, auch als er sich während der Wahlen in Ostdeutschland für eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine einsetzte. Er glaubt, es gebe eine verbreitete „Angst“ davor, eine klarere Haltung zu beziehen.

Dennoch betont der CDU-Politiker die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Israel, insbesondere da eine „Koalition“ autokratischer Staaten konventionelle und kognitive Kriegsführung betreibe, um die regelbasierte Ordnung zu untergraben.

Dabei verweist er auf die internationalen Bemühungen, das Land als demokratischen Rechtsstaat zu diskreditieren. Freundschaft mit Israel bedeute jedoch auch, sich mit den Verbrechen extremistischer Siedler im Westjordanland auseinanderzusetzen, fügt Kiesewetter hinzu.

Drei Erkenntnisse

Der israelische Oppositionsführer Yair Lapid warnte im Oktober 2025, die Kritiker auf den Straßen und an den Universitäten seien getäuscht worden: „Propagandaexperten, finanziert mit Terrorgeldern, haben euch manipuliert.“ Es gebe keinen Völkermord; die Hamas verschleierte ihren Terror mit liberaler Rhetorik. Sie war gut vorbereitet auf den Informationskrieg und erkannte dabei die systemischen Schwächen ihres Gegners.

Betonen Regierungen die Sprache des Rechts zu sehr, erreichen sie die öffentliche Meinung nicht; Gefühle dürfen nicht zu wenig angesprochen werden

Der Kommunikationsexperte Weimann plädiert dafür, daraus Lehren zu ziehen. Eine klare politische Vision und ein komplexes Arsenal an offensiven und defensiven Maßnahmen würden unerlässlich sein, um Propaganda in künftigen Konflikten zu bekämpfen. Weimann findet, dass Staaten in technologische Lösungen gegen die Verbreitung von Hassbotschaften und in Instrumente zur Stärkung der psychischen Widerstandsfähigkeit investieren sollten. Die Bürger, fügt Weimann hinzu, müssten durch

Vorwarnungen und Aufklärung gegen Manipulation „geimpft“ werden.

Auf politischer Ebene, so der ehemalige IDF-Sprecher Peter Lerner, bestehe die größte Herausforderung in einer Krise jedoch darin, sie überhaupt zu erkennen: „Man braucht Instrumente, um zu beurteilen, wo man bei der Vermittlung seiner Botschaft versagt und um seinen Kurs neu ausrichten zu können“, sagt Lerner. Er warnt davor, Gefühle zu wenig und eine Sprache des Rechts zu sehr zu betonen; letztere erreiche die öffentliche Meinung nicht.

Vorbild Ukraine?

Propaganda ist „eine schlechte Idee“, da es sich um einen einseitigen Prozess handelt, der „die Möglichkeit eines Dialogs ausschließt“, sagt der Historiker und Kommunikationsexperte Nicholas J. Cull. Er fordert eine Veränderung in der Art und Weise, wie Staaten, darunter auch Israel, mit ihrem internationalen Image umgehen. Taten – nicht nur Worte – seien der Schlüssel zur langfristigen Reputationsicherheit eines Landes, indem man auf ausländische Kritik höre und grundlegende politische Veränderungen vornehme. Schon vor diesem Krieg habe Israel im Ausland einen angeschlagenen Ruf gehabt, bemerkt Cull. „Die Menschen betrachten das Land als einen Ort des Konflikts, und in gewisser Weise ist das unfair. Aber genau das muss Israel überwinden.“

Der Historiker verweist auf die Ukraine als Beispiel dafür, wie ein Land mit einem gepflegten Ruf eine Krise überstehen könne, indem es die Hilfe seiner Verbündeten mobilisiert, anstatt sie zu vertreiben. Dies zeige, dass der Ruf nicht mehr eine Nebenrolle für die Sicherheit spielt: Er bedeutet Sicherheit, insbesondere in einer postfaktischen Welt.

Übertragen aus dem Englischen von M. Bialecki

IP



Zugänge

Wahrnehmung und Darstellungen sind ein weites Feld in einer digitalen Ära der hochbeschleunigten Kommunikation. Blicke in die Medienlandschaft Israels, auf die Rolle von Fixern und Produzenten im Gazastreifen und auf die besondere Rolle von *TikTok* in einem Krieg, der auch einer der Bilder gewesen ist.

Unterdrückung und Zensur: Für Israel ist die Polarisierung seiner Medien eine Gefahr

Von Milan Czerny

Besucher der neu eröffneten Nationalbibliothek Israels in Jerusalem werden von Titelseiten in Hebräisch, Jiddisch, Französisch, Russisch und Arabisch begrüßt, die entscheidende Momente in der Geschichte Israels und seinen Kriegen widerspiegeln und die Vielfalt der Presse in Israel und Palästina zeigen. Wären da nicht Schlagzeilen wie „Das Volk hofft auf die Genesung von J. V. Stalin“, die die Zeitung der Kommunistischen Partei *Kol Ha'am* einen Tag nach Stalins Tod veröffentlichte, würden viele der Titelseiten aus dem Jahr 1948 und den folgenden Kriegsjahren auf den ersten Blick unheimlich aktuell erscheinen. „Weitere Eroberungen für die israelische Armee“ und „Der Waffenstillstand wurde abgelehnt“, titelte *Davar*, die Zeitung der Arbeiterbewegung, im Jahr 1948.

Zwei Jahre nach dem von der Hamas angeführten Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und der tödlichen israelischen Militäroffensive gegen Gaza ist dies ein Moment, um darüber nachzudenken, wie sich der Krieg in Gaza und in der Region auf den Bildschirmen und in den Zeitungen Israels entwickelt hat. Während in den Tagen und Wochen nach dem Angriff der Hamas in den israelischen Medien und der Gesellschaft Einigkeit herrschte, haben sich die Risse und Polarisierungen, die bereits vor dem Krieg bestanden, im Laufe der Kämpfe nur noch verstärkt.

Zwei Hauptthemen polarisieren die israelischen Medien: Das erste ist, wenig überraschend, die Haltung zum Krieg in

Gaza, und das zweite, für Länder unter der Führung polarisierender starker Männer charakteristisch, ist der israelische Premierminister Netanjahu. Die Haltung eines Medienunternehmens zu einem dieser beiden Themen bestimmt jedoch nicht unbedingt seine Position zum anderen.

Die israelischen Mainstream-Medienkanäle wie *Channel 12* und *Ynet*, vielleicht die beliebtesten des Landes, haben ihre kritische Berichterstattung über Benjamin Netanjahu nach dem 7. Oktober fortgesetzt und die Verantwortung der Führung dafür infrage gestellt, dass sie die Vorbereitungen der Hamas für die Offensive nicht erkannt hat. Ihr relatives Schweigen über das Leiden der Bewohner Gazas im Vergleich zu den internen Medien war jedoch auch zwei Jahre nach Kriegsbeginn nahezu unverändert.

Die starke Abhängigkeit von Informationen der IDF, der allgemeine Mangel an Empathie, den Gesellschaften in Kriegszeiten gegenüber der anderen Seite häufig empfinden, sowie die oft bestehenden engen Verbindungen zwischen Journalisten und ihren Familien und Freunden, die im Militär dienen, erklären zum Teil, warum viele israelische Mainstream-Medien schwierige Fragen vermieden haben, wie etwa die Folgen des Krieges für die Zivilbevölkerung in Gaza. Selbstzensur hat viele israelische Mainstream-Journalisten erfasst. Sie wollen die nationale Moral stärken, indem sie über Fortschritte bei Militäroffensiven berichten und sich für Aufnahmen von zerstörten Gebäuden statt von sterbenden Zivilisten in Gaza entscheiden.

Einige Journalisten gingen sogar noch weiter und forderten auf *Channel 14*, einem Pro-Netanjahu-Sender, die Vernichtung aller Bewohner des Gazastreifens oder beteiligten sich sogar direkt an militärischen Aktionen. Im Oktober 2024 drückte Danny Kushmaro, das israelische Pendant zu Anderson Cooper von *CNN* und beliebter Moderator auf *Channel 12*, live im Fernsehen einen Knopf, um Sprengstoff in einem Gebäude im Südlibanon zu zünden.

„Wie die israelischen Medien zum Propagandainstrument der Regierung in Kriegszeiten wurden“, schrieb

schon 2024 Ido David Cohen, Medienkorrespondent für *Ha'aretz*, das wichtigste israelische Medium, das diese Blase der Selbstzensur durchbricht. *Ha'aretz* sowie kleinere unabhängige Medien wie *972+* oder *HaMakom* haben sich als seltene Stimmen herausgestellt, die dem israelischen Publikum eine andere Perspektive auf die Ereignisse in der Region seit dem 7. Oktober bieten. Die Untersuchungen von *Ha'aretz* zu möglichen Verbrechen von IDF-Soldaten in Gaza, von *972+* zum Einsatz von KI oder von *Shomrim* zur Gaza Humanitarian Foundation (GHF) fanden international große Beachtung und standen im Vordergrund einer kritischeren Berichterstattung über den Krieg in Gaza. Einige dieser Medien, darunter *Ha'aretz* und *972+*, sind jedoch aufgrund ihrer kritischen Haltung und vielleicht auch aufgrund der mangelnden Bereitschaft eines Teiles der israelischen Gesellschaft, sich den unbequemen Tatsachen vor Ort zu stellen, im Ausland oft populärer als in Israel selbst. Wie können israelische Journalisten in ihrem Land Gehör finden, während sie weiterhin kritisch berichten?

Die kritischere Haltung von *Ha'aretz* und anderen Medien geht auch mit zunehmenden Drohungen und Druck seitens der Regierung einher. Als Zeichen der tiefen Polarisierung der israelischen Medienlandschaft wurden im Juni 2024 Fenster des Büros von *Ha'aretz* in Tel Aviv zerstört; die israelische Regierung hat Sanktionen gegen das Medium verhängt und allen staatlich finanzierten Einrichtungen untersagt, Anzeigen in der Zeitung zu schalten. Journalisten, die über das Leid in Gaza berichten und die israelische Offensive dort scharf kritisieren, sind zeitweise mit persönlichen Angriffen oder Drohungen im Internet konfrontiert worden.

Diese Haltung gegenüber kritischen Medien hat sich ebenfalls auf Mainstream-

Medien ausgeweitet, darunter auch auf den öffentlich-rechtlichen Sender *Kan*. Die Regierung hat versucht, sich in die Leitung, Finanzierung und Eigentumsverhältnisse von *Kan* einzumischen, was viele mit der kritischen Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Senders über die israelische Regierung und den Premierminister in Verbindung bringen.

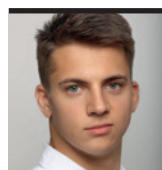
Höhere Anzahl zensurierter Artikel

Die Militärzensur, eine normalerweise im Hintergrund agierende Instanz, hat im Krieg ebenfalls an Einfluss gewonnen. Die außerhalb Israels wenig bekannte Zensurbehörde, die seit 1948 und der Gründung des Staates Israel besteht, verlangt von israelischen Medien, dass sie ihr ihre Artikel, die sich mit der nationalen Sicherheit befassen, vor der Veröffentlichung zur Genehmigung vorlegen. Da es im Krieg mehr Themen der nationalen Sicherheit gibt, ist die Zahl der zensurierten Artikel in einer Weise gestiegen, die die Pressefreiheit untergräbt. Zensur und Unterdrückung haben sich auch nachteilig auf die internationale Berichterstattung über den Krieg ausgewirkt, darunter das anhaltende Einreiseverbot für internationale Journalisten nach Gaza, um dort frei zu berichten, die Tötung palästinensischer Journalisten durch die israelische Armee sowie das Verbot der Aktivitäten von *Al-Dschasira* in Israel.

Solche Einschränkungen haben dazu beigetragen, dass andere Formen der Kriegsberichterstattung an Popularität gewonnen haben, insbesondere auf *Telegram*, das sich bei jungen Israelis zu einer sehr beliebten Quelle für hyperbeschleunigte, ungefilterte Nachrichten entwickelt hat. Die wachsende Popularität der Plattform umgeht zwar die staatliche Zensur, birgt aber auch die Gefahr von unkontrollierter Desinformation, etwa durch andere Staaten, die die Spaltungen der polarisierten israelischen Gesellschaft ausnutzen.

Solche Risiken, die mit der zunehmenden Abhängigkeit von sozialen Medien als Nachrichtenquelle verbunden sind, bestehen zwar nicht nur in Israel, können aber in dem emotional aufgeladenen Kontext eines Landes im Krieg besonders gefährlich sein.

Übertragen aus dem Englischen von Martin Bialecki



Milan Czerny

ist investigativer Journalist bei *Shomrim*, Israels einziger unabhängiger, gemeinnütziger investigativer Nachrichtenorganisation. Seine Recherchen zum Krieg in Gaza und in der Ukraine wurden u.a. von AP, im *Wall Street Journal* und in *Ha'aretz* veröffentlicht.

Im Schatten der Schlagzeile

Sie organisieren Zugang, übersetzen, vermitteln Vertrauen: Fixer in Gaza und Israel – die unsichtbaren Helfer, ohne die internationale Berichterstattung nicht möglich wäre.

Von Yasmin Ismail

Zwei Monate bleibt der Bildschirm schwarz. Der Kontakt zu Emad Abu Shawiesh reißt immer wieder ab, Verabredungen platzen. Anfang September 2025 gelingt die Verbindung endlich. Im Gazastreifen ist es 23 Uhr. Abu Shawiesh, 39, ein hagerer Mann mit müden Augen, erscheint im schwarzen Videofenster. Er entschuldigt sich für die späte Stunde: „Ich kann mein Telefon erst nach Sonnenuntergang mit der Powerbank laden – klappt nicht immer.“

Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 bleibt die Stromzufuhr nach Gaza weitgehend unterbrochen – viele leben seither mit Generatoren und Solarpaneelen, auch Abu Shawiesh. Sein wichtigstes Werkzeug ist das Smartphone. Er filmt, fotografiert, vermittelt Kontakte, spricht mit Redaktionen. Abu Shawiesh ist Journalist. Und Fixer – einer jener Helfer, ohne die Berichterstattung aus Kriegsgebieten kaum möglich ist. Nicht alle Auslandskorrespondenten arbeiten mit Fixern. Gleichzeitig sind sie dort unverzichtbar, wo Grenzen, Sprachen und Gefahren den Weg versperren.

Ohne sie bleibt Auslandsberichterstattung unglaublich – sie selbst unsichtbar. Ihr Beitrag ist entscheidend, ihre Anerkennung bleibt gering. Wer verstehen will, wie Weltbilder entstehen, muss auf jene schauen, die sie möglich machen.

Fixer arbeiten im Schatten der Reporter: Sie übersetzen, organisieren, recherchieren, beraten in Sicherheitsfragen und vermitteln zwischen Kulturen. Ihre Entscheidungen – welchen Ort sie empfehlen, welche Stimme sie weitergeben, welches Wort sie wählen – prägen den Rahmen internationaler Berichterstattung.

Die amerikanische Medienwissenschaftlerin Lindsay Palmer hat dem Beruf des Fixers ein ganzes Buch gewidmet: „The Fixers“ (Oxford University Press, 2019). Sie beschreibt, wie stark internationale Berichterstattung von diesen Helfern abhängt, und wie wenig man sie wahrnimmt. Palmer unterscheidet fünf Aufgabenfelder: Fixer konzipieren Geschichten, organisieren Wege, verhandeln Kontakte, übersetzen Sprache und Kultur – und schützen Reporter im Feld. Diese fünf Felder bilden den roten Faden dieses



Yasmin Ismail
bearbeitet seit 2021 als Redakteurin und Produzentin Reportagen für TV-Sender, die sie in Deutschland und international realisiert.

Essays – als Geschichten über Vertrauen, Verantwortung und darüber, wie das Bild der Welt überhaupt entsteht.

Zugang als Wagnis

Mit dem Kriegsausbruch am 7. Oktober schließt Israel die Grenzen zum Gazastreifen. Seitdem darf kein ausländischer Journalist mehr unabhängig einreisen. Für Fixer wie Mohamad Abu Saif ändert sich damit alles. Statt Korrespondenten durch Gaza zu führen, halten sie nun selbst das Mikrofon und schicken ihre Aufnahmen an die Redaktionen draußen.

Mohamad Abu Saif, 33, arbeitet seit 2021 als freiberuflicher Fixer aus Gaza für das ARD-Korrespondentenbüro in Tel Aviv und berichtet seit dem ersten Kriegstag für den Sender. Täglich sendet er Updates, schlägt Themen vor, filmt mit dem Handy.

Abu Saif weiß, was möglich ist und was nicht: „Du kannst mich nicht beauftragen. Du musst mich fragen: Mohamad, kannst du das machen? Denn ich bin derjenige, der vor Ort arbeitet, nicht du.“ Am 7. Oktober bleibt er zu Hause. Er entscheidet sich bewusst dagegen, zu den zerstörten Grenzzäunen zu fahren, über die Hamas-Kämpfer nach Israel gelangten. „Ich hätte viel Geld verdienen können“, sagt er. „Aber wenn ich dem Geld hinterherjage, bin ich tot.“

Auch in Israel zieht das Geschäft der Fixer an. Der Süden ist militärisches Sperrgebiet. Journalisten aus aller Welt reisen an. Noam Shalev führt seit über 25 Jahren eine Produktionsfirma in Tel Aviv. Er beschäftigt drei Fixer in Israel, zwei in der Westbank. Mit freien Fixern arbeitet er auch in Gaza. „Wir haben nie viel News gemacht“, sagt er. „Mit dem 7. Oktober hat sich das geändert.“ Binnen drei Monaten betreut Shalevs Team statt fünf plötzlich 20 TV-Crews.

Einer seiner Mitarbeiter, der heute freiberuflich arbeitet und anonym bleiben

möchte, bringt zwei Tage nach Kriegsbeginn ein japanisches Fernsteam in die zerstörten Kibbuzim. Er verschafft ihnen eine Sondererlaubnis und erwartet, dass sie sich an seine Anweisungen halten. „Es waren noch Hamas-Kämpfer dort“, sagt er. „Und dann will das Team plötzlich in Richtung des Grenzzauns gehen. Ich habe gesagt: auf gar keinen Fall!“ Solche Entscheidungen – in Gaza wie im Süden Israels – bedeuten mehr als Vorsicht: Sie bedeuten Verantwortung.

Abu Saif aus Gaza entscheidet, ob eine Geschichte entsteht oder nicht. Der Fixer aus Israel legt fest, wie weit ein Team gehen darf. Beide lenken, was sichtbar ist. Fixer entscheiden mit, welche Geschichten überhaupt in die Öffentlichkeit gelangen. Was journalistisch als Idee beginnt, entsteht oft aus ihrer Einschätzung: Was ist erreichbar, was zu gefährlich? In dieser Phase formt sich der Rahmen der Berichterstattung – bevor eine Kamera läuft, bevor ein Wort geschrieben steht.

Zugang ist in Kriegszeiten kein Formular, sondern ein Wagnis. Wer ihn ermöglicht, prägt die Wahrnehmung der Welt. Allein der Zugang genügt aber nicht. In einem Krieg, in dem Misstrauen zur Währung geworden ist, zählt nicht nur, wohin man gelangt – sondern wem man begegnet. Fixer handeln mit Vertrauen. Sie öffnen nicht nur Türen, sie öffnen Menschen.

Der israelische Fixer erinnert sich an eine Szene, die ihn bis heute verfolgt. Kurz nach Kriegsbeginn organisiert er für ein Fernsteam ein Interview mit einem Überlebenden aus einem zerstörten Kibbuz. Später fahren sie gemeinsam dorthin, stehen vor dem Haus des Mannes. Der Reporter ruft ihn an – die Nummer hatte der Fixer vermittelt – und fragt: „Wie fühlen Sie sich jetzt?“ Am anderen Ende herrscht Schweigen.

Der Fixer ruft den Mann später an, entschuldigt sich – und bereut es bis heute.

Nicht, weil es eine Geschichte kostete, sondern weil er Vertrauen verletzt hat. Fixer leben vom Vertrauen – und verlieren es schneller, als eine Geschichte gedruckt ist.

Fixer in Gaza wissen, dass ihre Arbeit unter Beobachtung steht und dass Kritik Folgen haben kann. Wie Kriegsreporter prüfen sie, vergleichen, rufen Quellen mehrfach an. So entsteht ein Bild, so verlässlich wie möglich.

Ameera Harouda, 42, kennt diesen Zwischenraum gut. Sie arbeitet seit 2005 als eine der ersten weiblichen Fixerinnen in Gaza, seit 2023 aus dem Exil in Katar. Von dort koordiniert sie internationale Anfragen und bildet junge Fixerinnen aus. „Sie müssen lernen, die wichtigen Linien einer Geschichte zu erkennen“, sagt sie. „Nie nur eine Quelle, immer mehrere. Alles prüfen.“

Doch Fakten bilden nur die halbe Wahrheit. „Wenn du in ein Haus kommst und die Familie sitzt auf dem Boden – setz dich zu ihnen“, sagt sie. „Wenn sie dich zum Essen einladen, sag nicht nein.“ Nähe ist für Harouda keine Gefahr, sondern Voraussetzung. „Wenn du eine Mutter filmst, die ihr Kind verloren hat, fühl ihren Schmerz. Nur dann weißt du, welche Frage du stellen darfst.“

Die Macht der Übersetzung

Dennoch stößt Vertrauen an Grenzen. Worte tragen nicht immer, was gemeint ist. Zwischen Sprachen und Kriegsrealitäten beginnt die dritte Arbeit der Fixer: das Übersetzen.

*Übersetzen ist im Krieg
kein technischer Akt,
sondern Deutung. Wer über-
setzt, greift ein. Fixer
fungieren als Co-Autoren*

Christian Vooren, Reporter der ZEIT, erzählt von einem Fixer in Ramallah, das war kurz nach dem 7. Oktober. Der Mann weigert sich, den Angriff der Hamas als „Terroranschlag“ zu übersetzen. „Das war schwierig“, sagt Vooren. „Aber man muss darauf vertrauen, dass wir trotzdem ordentlich arbeiten.“ Er lässt kritische Passagen zusätzlich von arabischsprachigen Kollegen prüfen. „Ich überprüfe vieles doppelt und halte mich fern von der Versuchung, dass mir jemand etwas zu schön übersetzt“, sagt er. Auch umgekehrt übersetzen Fixer: aus der Sprache der Redaktion in die Realität von Gaza. Es geht nicht immer um Worte, sondern darum, ob eine Frage überhaupt eine Antwort zulässt.

Bevor Ameera Harouda Fragen internationaler Redaktionen an ihre Fixerinnen in Gaza weiterleitet, prüft sie diese. Manche seien zu hart, zu direkt. „Ich formuliere sie um, damit sie nicht verletzend wirken“, sagt sie. So schützt sie die Menschen, über die sie berichtet – und zugleich die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung.

Übersetzen ist im Krieg kein technischer Akt, sondern Deutung. Fixer fungieren als Co-Autoren der Geschichte, die sie übersetzen. Gerade in einem Krieg, in dem jedes Wort verdächtig erscheint, wird Übersetzen politisches Handeln. Wer übersetzt, greift ein. Fixer übersetzen nicht nur, sie schützen.

Noam Shalev erinnert sich an den Krieg zwischen Israel und Iran. Ein ausländisches TV-Team ist im Juni mit seinem Fixer unterwegs von der libanesischen Grenze nach Tel Aviv. „Ich wusste, dass um halb acht Angriffe kommen würden“, erzählt Shalev. Also sagt er ihnen, wo sie sicher halten können. Schließlich liegen sie in einer Senke neben der Straße, Kameras nach oben gerichtet, als die Raketen über sie hinwegziehen. „Sie bekommen die besten Bilder – und bleiben unversehrt.“



Wenn der Krieg Alltag ist, wird die Logistik die unsichtbare Seite journalistischer Arbeit. Das Bild zeigt einen Reporter in einem zerstörten Gebäude in Gaza-Stadt im August 2025.

„Zugang“, sagt Shalev, „bedeutet Verantwortung: Reporter dorthin zu bringen, wo die Geschichte passiert – und sie heil zurückzubringen.“

Emad Abu Shawiesh kennt dieses Gefühl. In seinem Haus in Gaza leben 75 Verwandte, zusammengepfercht auf drei Stockwerken. Während des Video-interviews sitzt er auf dem Dach und flüstert. „Ich will nicht, dass jemand mich sieht oder hört“, sagt er. Sein Vater bittet ihn, im Krankenhaus zu übernachten – seiner vier Kinder zuliebe. „Er hat Angst, weil Journalisten gezielt angegriffen wurden“, sagt Abu Shawiesh. Sicherheit ist für Fixer längst kein Zustand mehr, sondern tägliche Verhandlung.

Auch deutsche Journalisten spüren, wie eng Sicherheit und Vertrauen verwoben sind. Thore Schröder, *Spiegel*-Korrespondent, arbeitet seit Beginn des Krieges mit einer Fixerin aus Gaza. Sie begegnen

sich nie persönlich, schreiben jedoch fast täglich. „Manchmal bricht der Kontakt ab“, erzählt er. „Dann weiß man nicht, ob sie einfach keinen Empfang hat – oder ob etwas passiert ist.“ Aus professioneller Zusammenarbeit entstehe eine Art Freundschaft. „Man sorgt sich. Und versucht trotzdem, Distanz zu wahren, Grenzen zu ziehen zwischen Privatem und Beruflichem, was nicht immer gelingt.“

Wer Reporter begleitet, trägt Verantwortung für ihre Wahrnehmung – und oft auch für ihr Überleben. Auch das gehört zur Wahrheit der Fixer: Sie sichern, was sichtbar bleibt. Sobald der Krieg Alltag ist, zeigt sich die unsichtbare Seite journalistischer Arbeit: die Logistik. Wer im Ausnahmezustand berichtet, organisiert nicht nur den Zugang zur Geschichte, sondern ihr bloßes Zustandekommen.

Mohamad Abu Saif lebt heute in München und arbeitet für den *Bayerischen*

Rundfunk. Im Februar 2024 gelingt ihm mit Hilfe der ARD die Ausreise aus Gaza über Kairo – ein monatelanger Prozess. Während der Angriffe organisiert der Sender Fahrzeug und Unterkunft – Abu Saif schläft im Auto. Mit dem ersten Kriegstag beginnt die Evakuierung seines Viertels Rimal in Gaza-Stadt. „Sie waren verantwortlich für mich – großzügig, aber auch klar: Du arbeitest, wir schützen dich.“

Auch Geld gehört zur Logistik. Fixer in Gaza arbeiten freiberuflich und verdienen zwischen 150 und 700 Dollar pro Tag, je nach Auftrag und Medium. Bei Fernsehproduktionen liegen die Preise höher als bei Textrecherchen. In Noam Shalevs Produktionsfirma in Tel Aviv kostet ein Tag mit Fixer rund 500 Dollar.

Geld nach Gaza zu überweisen, ist kompliziert. „Wir mussten ein Konto in Großbritannien eröffnen, um das Honorar auf die Bank of Palestine zu überweisen. Aber auch das hat zuletzt nicht geklappt, sodass wir nun versuchen, die Honorare über Familienmitglieder im Ausland an sie zu schicken“, sagt Schröder vom *Spiegel*. Sicherheitsbedenken verhindern Direktüberweisungen.

Logistik bedeutet Verantwortung

Logistik bedeutet mehr als Organisation. Sie ist Ausdruck von Verantwortung – für Sicherheit, Bezahlung und das Überleben journalistischer Arbeit. Fixer halten im Chaos die Strukturen zusammen, an denen Berichterstattung hängt. Journalismus entsteht nicht nur durch Worte, sondern durch Wege, Strom, Treibstoff – durch alles, was ihn überhaupt möglich macht. Das Arbeitsfeld der Fixer ist vielschichtig – und der Krieg macht es noch komplizierter. Ohne sie ist Auslandsjournalismus in Krisengebieten kaum möglich. Wer sie als Hilfskräfte sieht, greift zu kurz.

Fixer sind mehr als Hilfskräfte. Ohne sie ist Auslandsjournalismus in Krisengebieten kaum möglich

Alle Fixer, mit denen ich sprach, haben studiert: Film, Journalismus, Kommunikation. Sie verstehen sich als Profis, nicht als Zuarbeiter. Mit dem Begriff „Fixer“ können sich viele arrangieren, doch „lokale Produzenten“ klingt für sie nach Verantwortung, nicht nach Befehlskette.

Meist entstehen Fixer-Kontakte durch Empfehlungen oder frühere Zusammenarbeit. Schröder und Vooren sagen, ein Fixer müsse kein Journalist sein; entscheidend sind Vertrauen, Zuverlässigkeit und Netzwerke. „Wenn ein Fixer denkt, er ist der Chef im Ring, wird es schwierig“, sagt Schröder. „Am Ende bin ich der Redakteur, ich zeichne verantwortlich für das Produkt. Womit ich überhaupt nicht sagen will, dass Beratungen auf Augenhöhe nicht sinnvoll sind, das sind sie unbedingt.“ Vooren achtet auf Haltung und Distanz. „Ich will wissen, wie jemand politisch denkt – nicht, ob links oder rechts, sondern wie aktivistisch. Wie sehr kann jemand von der eigenen Betroffenheit zurücktreten?“

Fixer verändern Berichterstattung nicht vollständig, aber sie prägen sie. Sie liefern die Bausteine für ein Bild der Welt. Abu Shawiesh sitzt auf dem Dach seines Hauses, über ihm summen Drohnen. Manchmal schreckt er auf, wenn eine näherkommt. Der Strom seiner Solarpaneele reicht noch. Und solange er Licht hat, arbeitet er weiter. Vielleicht ist das die einfachste Beschreibung ihrer Arbeit: Fixer lassen das Licht an, damit andere sehen können.

IP

Krieg im Feed

Auf TikTok gibt es mehr propalästinensische Videos als pro-israelische. Das hat viele Gründe. Blick in eine Welt diverser Bezüge, doppelter Botschaften und mehrfacher Ebenen.

Von Isolde Ruhdorfer

Wer sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigt, sollte auch Gandalf und Frodo kennen.

Eine Creatorin mit dem Handle @tine-liest hat sich per Greenscreen vor das Foto der beiden Figuren aus „Herr der Ringe“ projiziert. „Auch wir leben ja in katastrophalen Zeiten und haben so ein bisschen die Tendenz, wegzuschauen, anstatt etwas zu tun“, sagt die Creatorin, „egal, ob es um so Dinge geht wie die Klimakrise, Rechtsruck oder den Völkermord in Gaza.“ Das Werk „Herr der Ringe“ könne man zum Anlass nehmen, sich im echten Leben zu engagieren. Eine Einordnung der extrem umstrittenen Frage, ob es sich beim Gazakrieg um einen „Völkermord“ handelt, gibt es nicht.

Eine der vielen parallelen Kämpfe zu dem Krieg auf dem Schlachtfeld findet auf TikTok statt. Die enorme Reichweite der Plattform macht sie politisch einflussreich. Rund eineinhalb Milliarden Menschen weltweit nutzen TikTok. Das sind immerhin halb so viele Nutzer, wie Facebook verzeichnet. In Deutschland nutzt

knapp ein Viertel der Bevölkerung TikTok, wie das Unternehmen 2023 bekannt gab. Die Zahlen dürften inzwischen noch höher liegen. Auch wer TikTok nicht nutzt, sollte wissen, was dort passiert. Denn die Videos auf dieser App, manchmal nur sekundenlange Schnipsel, können sich rasend schnell verbreiten und hunderttausend- oder millionenfach aufgerufen werden.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine gilt als einer der ersten „TikTok-Kriege; die Panzer rollen nicht nur an der Front, sondern auch auf Bildschirmen auf der ganzen Welt. Der Hamas-Angriff auf Israel und vor allem der Krieg in Gaza sind ebenfalls Thema in Milliarden von Videos. Auf dem Schlachtfeld behielt Israel die Oberhand – doch auf TikTok hat es verloren.

Das hat viele Gründe, wie ein Blick in die Forschung zeigt. TikTok-Videos arbeiten vielschichtig, mit Anspielungen und Insiderwissen. Wer die Videos zum israelisch-palästinensischen Konflikt verstehen will, muss die Plattformlogik begreifen. Je tiefer man in die Welt der Hashtags



Isolde Ruhdorfer arbeitet als Journalistin für das Online-Magazin Krautreporter in Berlin zu Themen der Außenpolitik.



Der Angriff der Hamas auf Israel und der folgende Krieg in Gaza sind Gegenstand von Abermillionen von Videos auf TikTok. Laut Zählungen gibt es deutlich mehr propalästinensische als solche pro Israel.

und Memes einsteigt, desto öfter stößt man auch auf die wirklich interessanten Inhalte: diejenigen, die sich keiner Seite eindeutig zuordnen lassen.

„Mein Booktok-Account wird langsam zu einem Palästina-Account“, sagt die Creatorin mit dem Handle @tineliest. In einer Strickjacke sitzt sie vermutlich bei sich zuhause und hält das Buch in die Kamera, das sie empfiehlt: „On Palestine“ von Noam Chomsky und Ilan Pappé. Die Creatorin namens Christine postet fast täglich ein Video, in den meisten Videos geht es um Bücher. Sie bespricht manchmal Romane, meistens Sachbücher, die sich mit Rassismus, Klassismus oder Kolonialismus auseinandersetzen – oder mit dem Gazakrieg. Sie hat rund 20 000 Follower und insgesamt eine halbe Million Likes.

Accounts wie dieser sind der Grund, weshalb kurz nach dem 7. Oktober 2023 Vorwürfe laut wurden, TikTok sei unaus-

gewogen und verstärkte antiisraelische und antisemitische Inhalte. Während Israel noch die Toten des Massakers der Hamas zählte, verbreiteten sich auf *TikTok* Videos, in denen zum Beispiel nahegelegt wurde, Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu habe den Anschlag absichtlich zugelassen, um danach Gaza angreifen zu können.

Kritik gab es rasch an der unausgeglichene Zahl der Hashtags: #standwithisrael zählte ca. 60 000 Beiträge, #freepalestine dagegen sechs Millionen. Seitens der Politik, wie etwa vom republikanischen Abgeordneten Mike Gallagher in einem Beitrag für *The Free Press*, wurde *TikTok* die Schuld dafür gegeben, dass junge Amerikaner „verwerfliche Weltanschauungen“ vertreten. Auch in der *TikTok*-Belegschaft gab es Verwerfungen wegen der Hamas-Attacke und des Gazakriegs. Ein israelischer Angestellter

verließ deshalb das Unternehmen, wie die *New York Times* berichtete.

TikTok äußerte sich schon im November 2023 zu den Vorwürfen. „*TikTok* ‚bevorzugt‘ keine Seite einer Debatte gegenüber der anderen“, schreibt das Unternehmen in einem Statement. *TikTok* zufolge ist ein Grund für das Ungleichgewicht der Hashtags, dass es Millionen von Nutzern im Nahen Osten und in Südostasien gebe. Sie machten einen großen Anteil der Aufrufe aus, weshalb es mehr Inhalte mit dem Hashtag *#freepalestine* gebe. Untersuchungen belegen, dass die internationale Meinung über Israel eher negativ ist. Das Pew Research Center hat Anfang 2025 Menschen in 24 Ländern befragt: In 20 davon hat mindestens die Hälfte der Erwachsenen eine negative Meinung von Israel.

Eine Untersuchung der Northeastern University in Boston liefert genauere Daten zu dem Ungleichgewicht der Inhalte auf *TikTok*. Laura Edelson, Assistenzprofessorin am Khoury College of Computer Sciences, untersuchte im Zeitraum von Oktober 2023 bis Januar 2024 fast 300 000 Posts aus den USA zum Gazakrieg.

Ihren Ergebnissen zufolge gab es deutlich mehr propalästinensische Beiträge als proisraelische, die wiederum deutlich mehr Aufrufe erzielten. Aber heißt das, dass *TikTok* bestimmte Beiträge absichtlich verstärkt? Edelson wollte das herausfinden und verglich deshalb, ob die Anzahl der Beiträge und ihre Aufrufe proportional waren. Edelsons Untersuchung lässt darauf schließen, dass die Inhalte auf

beiden Seiten verstärkt wurden. Zeitweise propalästinensische Inhalte, zeitweise proisraelische Inhalte, sodass es sich insgesamt ausgleicht. Das widerspricht der weit verbreiteten Vorstellung, *TikTok* würde systematisch eine Seite bevorzugen.

Zwar beschäftigen sich zahlreiche Untersuchungen mit *TikTok*-Inhalten, auch mit Fokus auf den Nahost-Konflikt. Doch es gibt keine vergleichbare Studie aus dem deutschsprachigen Raum, die untersucht, ob *TikTok* bestimmte Inhalte systematisch verstärkt. Das hängt vermutlich damit zusammen, dass die Firma Bytedance, der *TikTok* gehört, geheim hält, wie genau der Algorithmus von *TikTok* funktioniert.

Bezüge und doppelte Botschaften

Videos und Hashtags zählen ist das eine – wesentlich komplizierter ist es jedoch, sich die Videos anzuschauen und ihre Inhalte zu analysieren. So wie es Lilly Boxman-Shabtai tut, Assistenzprofessorin in der Abteilung für Kommunikation und Journalismus an der Hebräischen Universität Jerusalem. Sie untersucht, wie sich der israelisch-palästinensische Konflikt auf *TikTok* widerspiegelt.

Boxman-Shabtai kann noch nicht jede ihrer Aussagen wissenschaftlich belegen, darauf legt sie Wert. Jahre der Forschung und unzählige Stunden Videomaterial haben dennoch dafür gesorgt, dass sie Muster erkennt, wenn sie sich heute Videos auf *TikTok* anschaut. „Ich denke, dass die propalästinensische Seite Intertextualität sehr raffiniert einsetzt“, sagt sie. Intertextualität bedeutet, dass ein Text auf einen anderen Bezug nimmt, ihn zitiert, erwähnt oder parodiert. Memes sind ein Beispiel für Intertextualität: Bilder, Satzketten oder Sounds, die vielfach wiederverwendet und deshalb von allen verstanden werden.

Die Anziehungskraft von *TikTok* besteht zum großen Teil aus diesen Memes. Wer

Der Hashtag #standwith-israel zählt 60 000 Beiträge, #freepalestine kommt dagegen auf sechs Millionen

die App zum ersten Mal öffnet, versteht die Insider-Witze nicht – und damit auch nicht die politische Botschaft. Und propalästinensischer Content, so sieht es Boxman-Shabtai, spreche in dieser Hinsicht die Sprache der Plattform besser.

Boxman-Shabtai nennt ein Beispiel: Ein Video zeigt propalästinensische Demonstrationen auf der ganzen Welt. Auf ein bestimmtes Schild wird näher heranzoomt, darauf steht: „We can’t breathe since 1948“. Eine intertextuelle Referenz zu George Floyd, der 2020 in den USA ums Leben kam, als ein Polizist auf seinem Nacken kniete, auch als Floyd mehrmals sagte: „I can’t breathe“. Der Satz wurde zur Parole der Black-Lives-Matter-Bewegung. „Das ist eine sehr wirkungsvolle Methode, um die beiden Bewegungen miteinander zu verbinden“, sagt Boxman-Shabtai.

Ein Video der Creatorin „tineliest“ zeigt ebenfalls, wie diese Intertextualität funktionieren kann. Videos auf *TikTok* können mit bestimmten „Sounds“ hinterlegt werden, also mit Liedern oder der Tonspur eines älteren Videos. In einem Video mit der Überschrift „Schnelle Runde: Buchempfehlungen Palästina“ hält die Creatorin verschiedene Cover in die Kamera, das Video ist unterlegt mit dem Song „Hind’s Hall“ von Macklemore. Der Titel „Hind’s Hall“ spielt auf ein von Studierenden eingenommenes Gebäude an, die es wiederum nach einem palästinensischen Mädchen benannten, das in Gaza starb. Macklemore veröffentlichte den Song 2024 und solidarisiert sich darin mit den propalästinensischen Campusprotesten.

Wer sich diese Videos auf *TikTok* anschaut, sieht ein paar Sekunden Videomaterial, hört ein paar Klänge Musik, liest eine Zeile auf einem Plakat. Doch in diesen wenigen Sekunden passiert so viel, dass es viele Sätze braucht um zu erklären, was dahinter steckt.

Weshalb nutzen propalästinensische Creators Intertextualität nun besser? Möglicherweise liegt es daran, wer genau die Personen sind, die diese Inhalte erstellen. „Die beliebtesten israelischen Inhalte sind in der Regel Inhalte, die von Israelis selbst erstellt wurden“, sagt Boxman-Shabtai. „Auf der propalästinensischen Seite sind es in der Regel globale Influencer oder Menschen, die nicht in Gaza leben und Inhalte aus Gaza neu formulieren oder weiterverbreiten.“ Man könnte es auch so interpretieren, dass propalästinensische Creators daran gewöhnt sind, über verschiedene Länder hinweg zu kommunizieren. Sie müssen daher Wege finden, sich so auszudrücken, dass Millionen Menschen auf der ganzen Welt sie innerhalb von Sekunden verstehen.

*Wer TikTok verstehen will,
muss sehr genau hinsehen
und alle Ebenen eines
Videos berücksichtigen*

Und wenn es zu keiner Seite passt?

„Gestern habe ich mich zu dem Vorwurf geäußert, dass ich Israel-Propaganda betreiben würde, heute muss ich mich zu dem Vorwurf äußern, dass ich Anti-Israel-Propaganda betreiben würde“, sagt ein Creator, der sich @der_verrueckte_mutmacher nennt, in einem Video von Anfang April. Ironisch fragt er: „Was ist es denn jetzt?“

„Der verrückte Mutmacher“, mit bürgerlichem Namen Stefan Mutmacher, ist ein deutscher Creator, der fast täglich Videos auf *TikTok* postet. In ihnen geht es um Bundespolitik, um Rechtsextremismus – und sehr häufig um den Nahen Osten. Er hat mehr als 70 000 Follower und mehr

als vier Millionen Likes. In den Wochen nach dem 7. Oktober 2023 äußert er sich in mehreren Videos, die – für *TikTok* untypisch – häufig mehrere Minuten Länge haben. Ebenfalls untypisch für *TikTok* und den Nahost-Konflikt lassen sich seine Videos meistens nicht eindeutig einer „Seite“ zuordnen.

Videos wie seine sind es, die Boxman-Shabtai besonders interessieren. Normalerweise seien die Videos ziemlich eindeutig, sagt sie, also klar pro Palästina oder pro Israel. Aber manchmal gebe es Meinungsverschiedenheiten bei der Interpretation der Videos. „Und das interessiert mich am meisten.“

Hier spielt die Zusammensetzung von Boxman-Shabtais Team eine wichtige Rolle. Ihr Team besteht aus zwei jüdischen Israelis, einer Palästinenserin aus Ostjerusalem und einer aus dem Westjordanland. Dieses Team sichtet und kategorisiert Videos für Boxman-Shabtai. In der quantitativen Forschung ist es meistens wichtig, dass verschiedene Menschen einen bestimmten Inhalt gleich interpretieren. Sie habe sich jedoch immer mehr dafür interessiert, wenn ein Inhalt von unterschiedlichen Menschen auf sehr unterschiedliche Weise interpretiert werden könne, sagt Boxman-Shabtai. „Daher habe ich mich diesem Projekt mit diesem Team von Frauen genähert, die wirklich unterschiedliche Erfahrungen und Wahrnehmungen haben.“

Ein Beispiel für ein Video, das ganz unterschiedlich interpretiert werden kann: Ein argentinischer Teenager spricht in einem Video über die Taten der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober. Die einen aus Boxman-Shabtais Team interpretieren das als Kritik. „Andere werden sagen: Nein, sie stellt nur die Fakten dar, sie ist eine terroristische Organisation“, sagt sie. Das Gleiche gelte für den Ausdruck „is-

raelische Besatzung“, so Boxman-Shabtai. „Ist das eine Darstellung der Fakten oder ist das eine kritische Sichtweise?“

Alles Interpretationssache

Zusätzlich zu den unterschiedlichen Perspektiven, die ein Video verschieden interpretierbar machen, kommt auf *TikTok* noch die „Multimodalität“. Ein Post auf *TikTok* besteht aus einem Video, einem Sound, der nachträglich hinzugefügt werden kann, und einer Caption, also einem kurzen Text in der Beschreibung. Diese Elemente können sich widersprechen oder wechselseitig ihre Bedeutung verändern. Boxman-Shabtai nennt ein Beispiel: In der Caption steht ein sehr allgemeingültiger Satz, wie zum Beispiel „Wir wollen, dass alle sicher sind“. Das Video zeigt einen Mann, der in den Trümmern eines Hauses weint. „Ist das nun Kritik oder keine Kritik?“, fragt Boxman-Shabtai. „Wie interpretiert man das visuelle Element im Vergleich zum textuellen, verbalen Element?“

Grundsätzlich gilt alles, was für *TikTok* gilt, auch für Instagram; zwischen den beiden Plattformen gibt es viele Parallelen. Doch keine andere Plattform ist so schnelllebig wie *TikTok*: Viele Trends und Memes entstehen auf *TikTok* und landen erst Wochen oder Monate später auf Instagram. *TikTok* gilt auch als Plattform, auf der es besonders wahrscheinlich ist, viral zu gehen, unabhängig von der Anzahl der Follower oder der vorherigen Posts.

Wer *TikTok* verstehen will, muss also genau hinschauen und die verschiedenen Ebenen eines Videos berücksichtigen. Man braucht reichlich Kontextwissen, um etwa Anspielungen auf George Floyd oder einen Song von Macklemore einordnen zu können. Manchmal bedeutet es sogar, dass man die Figuren aus „Herr der Ringe“ kennen muss.

IP

Strategische Vertuschung? Channel 12 ist Israels meistgesehener TV-Sender. Hielt er die Schrecken im Gazastreifen aus seinen Berichten fern, weil Ausgewogenheit nicht zum Ziel passte?

Von David Issacharoff und Vera Weidenbach

Ich habe bei *Channel 12* gearbeitet“, ruft Matan Meron bei einer Protestaktion vor seinem ehemaligen Arbeitsplatz in sein Megafon, umgeben von Dutzenden Demonstranten. „Ich war während des Gazakriegs im Auslandsressort tätig. Ich habe aufgehört, weil ich die Verschleierung und die direkte Politik des meistgesehenen Nachrichtensenders Israels nicht mehr ertragen konnte, der Öffentlichkeit nicht zu zeigen, was im Gazastreifen vor sich ging.“ Die Demonstranten halten Bilder hungernder Kinder und Transparente hoch, auf denen sie die israelische Regierung auffordern, ein Abkommen zu schließen, um die Geiseln aus der Gefangenschaft der Hamas zu befreien und den Krieg zu beenden.

Meron wird lauter: „Sie weigerten sich, der israelischen Öffentlichkeit Aufnahmen zu zeigen, die von Journalisten von *Reuters* und *Associated Press* im Gazastreifen gemacht wurden. Sie rechtfertigten dies mit den Worten: ‚Das ist nicht unsere Aufgabe‘ oder ‚Das würde zu Demoralisierung führen‘. Was ist das für eine Argumentation?“ „Schande!“, rufen

die Demonstranten, während Meron fortfährt: „Wie kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, was in ihrem Namen getan wird? Wir sind hier, um zu fordern, dass die Nachrichtensender ihre Aufgabe als Journalisten erfüllen! Hört auf zu vertuschen! Hört auf mit der Selbstzensur! Hört auf mit der Verleugnung!“

Während die Protestaktion vor den Fernsehstudios Anfang August 2025 nur mäßig besucht war, verbreitete sich ein Video von Merons Rede in den sozialen Medien. Zwei Monate später, an einem Spätsommertag in Jerusalem, sitzt Meron im Hinterhof der Nationalbibliothek. Der 31-Jährige wurde nach seinem Rücktritt bei *Channel 12* Aktivist bei der israelisch-palästinensischen NGO *Zazim*. Eine Petition dieser Organisation, in der den israelischen Medien vorgeworfen wird, die Ereignisse wenige Kilometer entfernt in Gaza zu verschleiern, sammelte über 5000 Unterschriften. Einige Journalisten wollten nur anonym unterschreiben. „Sie sagten, sie stimmten uns zu, hätten aber Angst, ihren Job zu verlieren, wenn sie sich öffentlich äußern würden“, sagt Meron.



David Issacharoff
ist Redakteur
und Autor für die
englischsprachige
Ausgabe von
Ha'aretz.

Mehr als zwei Jahre nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der folgenden israelischen Offensive in Gaza muss die Rolle der israelischen Mainstream-Medien angesichts ihres Einflusses auf die Öffentlichkeit untersucht werden: Was wissen Journalisten und Redakteure, worüber berichten sie? Wie lassen sich Loyalität gegenüber dem Staat und die Unterstützung der Kriegsbemühungen Israels mit journalistischer Ethik vereinbaren? Kann dies sogar zur Anstiftung zu Kriegsverbrechen geführt haben?

Während ausländische Journalisten aufgrund israelischer Restriktionen praktisch keinen Zugang zu Berichten aus Gaza haben, sind die meisten namhaften Nachrichtenagenturen mit lokalen palästinensischen Reportern vor Ort. Meron beschreibt seine Aufgabe bei *Channel 12* darin, das Filmmaterial zu sichten, das der Sender täglich von den Agenturen erhält, und es Journalisten für ihre Beiträge zur Verfügung zu stellen. Jeden Abend aktualisierte er die Zahl der täglichen Todesopfer im Gruppenchat der Journalisten: „Sie wurden nicht in der Sendung erwähnt.“

„Als Zuschauer von *Channel 12* wird man denken, dass Israels Krieg völlig gerechtfertigt ist“, sagt Meron. Er berichtet von einem probaten Muster, wenn Israel beispielsweise beschuldigt wurde, eine Hungerkrise in Gaza zu begünstigen oder palästinensische Kinder und Frauen bei Angriffen zu töten: „Sie würden es nur als ‚internationale Medienberichte‘ über Israels Verhalten darstellen“ und diese Behauptungen nicht hinterfragen.

Channel 12 ist Israels beliebtester Fernsehsender, seine Nachrichtensendungen erreichen Zuschauerrekorde. In den ersten zehn Tagen des Krieges erreichte *Channel 12 News* einen durchschnittlichen wöchentlichen Marktanteil von 29,8 Prozent und lag damit weit vor allen Mitbewerbern.

„Er ist nicht nur der beliebteste, sondern auch der einflussreichste Sender“, sagt Ayala Panievsky im Gespräch, „die Elite und die Entscheidungsträger, alle schauen diesen Sender, um zu erfahren, was als Nächstes kommt.“ Panievsky ist Wissenschaftlerin und beschäftigt sich mit Medien, Populismus und demokratischem Rückschritt. Sie ist an der University of London tätig. Für das Molad Institute, einen renommierten liberalen israelischen Thinktank, war sie Mitautorin eines Berichts, der im Oktober 2025 veröffentlicht wurde und Merons Aussagen im *Channel 12 News Desk* empirisch bestätigt.

„Eyes Wide Shut“

Panievsky und ihr Kollege Ido Benbaji analysierten die Berichterstattung von *Channel 12* über Gaza in den ersten sechs Monaten nach dem 7. Oktober unter dem Titel „Eyes Wide Shut“. Sie wählten nach dem Zufallsprinzip 50 Abendausstrahlungen aus und untersuchten 721 Beiträge (Berichte, Interviews und Podiumsdiskussionen), von denen sich 522 direkt mit dem Krieg befassten. Ergebnis: Trotz der humanitären Katastrophe in Gaza, über die international ständig berichtet wurde, „fehlte sie in der israelischen Berichterstattung fast vollständig“ und „nur 3 Prozent der kriegsbezogenen Beiträge befassten sich mit der Lage der Zivilbevölkerung in Gaza“.

„Wir haben eine vollständige Ausblendung der palästinensischen Stimmen aus Gaza beobachtet“, sagt Panievsky. Sie beschreibt die Aufnahmen aus Gaza, die auf *Channel 12 News* ausgestrahlt wurden, so: „Entweder israelische Soldaten in ihren Panzern, die ihren Familien ‚Hallo‘ sagen, oder israelische Bombenangriffe, Kämpfe, zerstörte Gebäude und evakuierte Städte“. Was fehlte, waren Berichte über palästinensische Zivilisten. „Das menschliche



Vera Weidenbach
ist freie Journalistin und Autorin.

Leid ist nicht zu sehen“, sagt Panievsky. Die Auswertung des Molad Institute zeigt: Wenn Opfer erwähnt wurden – in etwa der Hälfte der Kriegsberichte –, bezogen sich nur vier auf palästinensische Zivilisten, während 66 die Tötung von Hamas- oder anderen militanten Aktivisten nannten. Von Hunderten Beiträgen erwähnten nur vier palästinensische Opfer, die nicht in Terrorismus verwickelt waren. In diesem Zeitraum wurden Berichten zufolge etwa 31 000 Menschen in Gaza getötet, darunter etwa 22 000 Frauen und Kinder. Nur zwei Beiträge enthielten visuelle Dokumentationen palästinensischer ziviler Opfer.

In diesem Zeitraum wurde in nur 16 Stücken verbal auf die humanitäre Krise in Gaza Bezug genommen – darunter Krankheitsausbrüche, Wasserknappheit, Stromausfälle und Nahrungsmittelknappheit. Nur neun erwähnten Leiden oder Hunger, zwei berichteten über Angriffe auf Krankenhäuser und sechs bezogen sich auf Schäden für Frauen und Kinder.

Später im Krieg lieferten die jüdisch-arabische NGO Sikkuy-Aufoq, *The Seventh Eye* und Ifat Media Research, die ihre Ergebnisse mit uns teilten, ein differenziertes Beispiel für die Darstellung der humanitären Krise in Gaza durch *Channel 12*. Die Analyse umfasste drei Tage Berichterstattung im Mai 2025 – nach der 78-tägigen Belagerung des Gebiets durch Israel. Und sie kam zu dem Schluss, dass *Channel 12* zwischen dem 25. und 27. Mai 58 Beiträge über die Wiederaufnahme der humanitären Hilfe für Gaza sendete – im Vergleich zu durchschnittlich 33 Beiträgen bei 17 anderen israelischen Medien.

Die Berichte wurden jedoch unter der Überschrift „Chaos“ ausgestrahlt und zeigten Gazaner, die Zäune durchbrachen, Hilfsdepots stürmten, Hamas-Schüsse und Aufnahmen von jungen Männern, die Vorräte „plünderten“. Der Sender strahlte

Von Hunderten Beiträgen erwähnten nur vier palästinensische Opfer, die nicht in Terror verwickelt waren

auch eine seltene Late-Night-Sendung aus, in der ein Video-Interview mit Sami Obeid gezeigt wurde, einem in Gaza ansässigen Journalisten, bekannt für seine Verurteilung der Hamas und seine Unterstützung für die Annexion Gazas. „Auch in früheren Kriegen und gewalttätigen Konflikten zögerten Journalisten und Medien, über die Opfer auf der anderen Seite zu berichten“, sagt Panievsky. Dies sei ein häufiges Phänomen in der Berichterstattung in den USA und Großbritannien über zivile Todesopfer im Irak, in Afghanistan oder in Vietnam.

Absichtliche Absenz

Der Vergleich der israelischen Berichterstattung der vergangenen zwei Jahre mit der über Israels frühere Konflikte zeigt jedoch, dass es diesmal anders ist: „Vor diesem Krieg in Gaza wurden die Stimmen der Palästinenser nicht vollständig ausgelöscht. Man konnte Stimmen von der anderen Seite hören und sah eine Art von Hinterfragen oder Kritik und einen gewissen Diskurs über Menschenrechte. Heute sind diese Themen verschwunden.“

Panievsky wirft der israelischen Mainstream-Berichterstattung über Gaza „ein sehr ernstes ethisches Problem und professionelles Versagen“ vor, weil Journalisten „wissen, was in Gaza vor sich geht“. Während *Channel 12* sich auf Anfragen nicht äußern wollte, zeigt eine durchgesickerte *WhatsApp*-Konversation zwischen leitenden Redakteuren und Journalisten des Senders, über die *Ynet News* berichtete, wie sehr sich die Journalisten der

Berichterstattung über Gaza – oder vielmehr deren Absenz – bewusst sind.

Ein vielsagender Dialog

In der Unterhaltung kritisierten mehrere Journalisten die redaktionelle Politik, während der leitende Redakteur Ron Yaron und der bekannte politische Kommentator Amit Segal sie verteidigten. Der CEO des Nachrichtenunternehmens, Avi Weiss, seit 2007 Chefredakteur, schaltete sich ein und wies an, die Diskussion zu beenden.

Das Gespräch fand nach einer Protestaktion vor dem Sender *Channel 12* statt, die von der arabisch-jüdischen Gruppe *Standing Together* organisiert worden war und in der dem Sender vorgeworfen wurde, „die Schrecken in Gaza zu ignorieren“.

Ron Yaron, Chefredakteur der Freitagabendssendung: „Bei allem Respekt vor unserer journalistischen Pflicht – wenn man die Geschichten der Überlebenden aus der Gefangenschaft hört, fällt es schwer, eine Verbindung zu der Botschaft dieses Protests herzustellen“, wobei er sich auf das Leiden der Palästinenser in Gaza bezog. Darauf der Journalist Ilan Lukatch: „Unsere journalistische Pflicht ist es, über alles zu berichten, was wichtig und berichtenswert ist, unabhängig davon, ob Arbel Yehoud (eine freigelassene Geisel) sich damit identifizieren kann oder nicht.“

Die Korrespondentin Michal Peylan: „Ich stimme Lukatch voll und ganz zu. Ich werde oft dafür kritisiert, dass ich nicht darüber berichte, und ich finde diese Kritik berechtigt. Selbst wenn die Überlebenden der Gefangenschaft und die Familien der Geiseln, denen ich nahestehe, kein Mitgefühl dafür haben, was dort geschieht, selbst wenn wir selbst kein Mitgefühl haben, kann das nicht das Maß sein.“

Miki Levi, Redakteur in der Nachrichtenredaktion: „Ich möchte niemanden verurteilen, aber sollen wir nur über das

berichten, womit wir uns ‚identifizieren‘ können? Ist das nicht die Definition von aktivistischem Journalismus?“, von einseitigen Medien? Dazu Gal Brosh, Koordinator der Nachrichtenredaktion: „Wenn das die Definition von ‚aktivistischem Journalismus‘ ist, kann ich damit leben.“ Amit Segal, der vielleicht prominenteste politische Kommentator Israels, antwortete: „Genau.“

Nun wollte CEO Avi Weiss die Diskussion beenden: „Schauen Sie sich die Sendungen der letzten Monate an, anstatt sich der Kritik anzuschließen. Und ich schlage vor, dass wir die Diskussion hier beenden. Vielen Dank.“ Doch dann wandte sich der arabisch-israelische Reporter Mohammed Majadli direkt an Yaron: „Ron, mein Lieber, ich würde gerne ein Gespräch zwischen dir und meiner Cousine Zainab in Gaza (sie ist 17) arrangieren. Vielleicht kannst du dich dann ein wenig in das Leid der Menschen hineinversetzen, die die Hamas nie unterstützt haben und seit anderthalb Jahren jeden Morgen aufstehen, um einen Sack Mehl zu ergattern. Ich wünsche allen nur gute Nachrichten.“

„Die Aushöhlung journalistischer Grundsätze hat in Israel schon lange vor dem 7. Oktober begonnen“

„Um die Berichterstattung während des Krieges zu verstehen, muss man wissen, dass die Aushöhlung journalistischer Grundsätze in Israel schon lange vor dem 7. Oktober begonnen hat“, sagt Panievsky. In den letzten zwei Jahrzehnten, insbesondere während der Amtszeit Netanjahus, seien die israelischen Medien in vielerlei Hinsicht ins Visier genommen worden. Nur

ein Teil davon erfolgte durch offizielle Vorschriften oder rechtliche Eingriffe der Regierung, wobei das prominenteste Beispiel die Drohungen sind, den israelischen öffentlich-rechtlichen Sender *Kan* zu schließen, der sich in der Regel einer ausgewogeneren Berichterstattung verschrieben hat. „Sie haben mehrere Vorschriften erlassen, um unabhängigen Nachrichtenagenturen das finanzielle Überleben zu erschweren.“ Weitaus wirkungsvoller sei jedoch ein anderes Instrument: Aufwiegelung und Einschüchterung. Panievsky verweist auf eine jahrelange öffentliche Kampagne der Rechten in Israel, jeden Journalisten zu diffamieren, der den Premier und seine rechtsgerichtete Regierung kritisiert. Sie vergleicht dies mit Trumps Medienangriffen oder den Kampagnen rechter Gruppen und Parteien in Deutschland unter dem Label „Lügenpresse“.

Während solche Kampagnen in Deutschland und anderen europäischen Ländern jedoch von den Rändern der Gesellschaft ausgehen, weist Panievsky darauf hin, dass sie in Israel von der Regierung Netanjahu einschließlich ihres Anführers geführt werden und daher viel einflussreicher sind. Ihre Untersuchungen ergaben, dass israelische Journalisten bestimmte Taktiken entwickelt haben, um nicht Opfer dieser Kampagnen zu werden.

„Um die Medienhetze zu stoppen und das Vertrauen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erhalten, versuchen Journalisten ständig, dem Publikum zu signalisieren, dass sie nicht die radikalen Linken sind, als die Netanjahu sie darstellt“, beschreibt sie. Infolgedessen rückten sie weiter nach rechts.

Strategische Voreingenommenheit?

Panievsky bezeichnet eine solche Reaktion als selbst auferlegte „strategische Voreingenommenheit“. In der Praxis

führte dies im Fernsehen dazu, dass in den Diskussionsrunden der Mainstream-Sender eine überwältigende Anzahl von Pro-Netanjahu-Sprechern auftrat und palästinensische Stimmen sowie palästinensische Bürger Israels, obwohl diese Gruppe über 20 Prozent der israelischen Bevölkerung ausmacht, praktisch verschwanden. Beschränkt sich das Problem der Berichterstattung über Gaza darauf, dass es auf dem Bildschirm heruntergespielt wird – oder geht es vielmehr darum, dass Israel durch die Entmenslichung der Palästinenser im Fernsehen zu Kriegsverbrechen angestiftet wird?

*Internationale Normen
und das israelische Recht
verbieten die Anstiftung
zu Völkermord, Gewalt
und Rassismus; insbeson-
dere gelten diese Verbote
für Medien*

Ende Januar 2025 sagte der prominente *Channel-12*-Reporter Almog Boker während einer Live-Sendung am Tag der Freilassung von Arbel Yehoud und Gadi Mozes aus der Gefangenschaft in Gaza – als Aufnahmen eintrafen, die sie umringt von einer palästinensischen Menschenmenge zeigten –, dass „es keine unschuldigen Menschen in Gaza gibt“. Michael Sfard, der vielleicht prominenteste Menschenrechtsanwalt Israels, sagt, dass Menschen außerhalb Israels die Schwere dieser Aussage möglicherweise nicht verstehen.

Sfard erklärt im Interview in seinem Büro in Tel Aviv, dass eine solche Äußerung im israelischen Diskurs nach dem

7. Oktober eindeutig impliziert, dass diese Menschen legitime Ziele sind – was faktisch einem Aufruf zu ihrer Tötung gleichkomme. Stellen Sie sich vor, sagt Sfard, ein palästinensischer Bürger Israels würde sagen: „Alle Israelis sind legitime Ziele, weil sie in der IDF-Reserve dienen.“ Er würde sofort unter strengen Sicherheitsbedingungen inhaftiert werden.

Sfard hat beim Obersten Gerichtshof Israels eine Klage gegen den rechtsgerichteten Pro-Netanjahu-Sender *Channel 14* eingereicht mit der Begründung, dass dieser offen und als redaktionelle Linie zu einem Völkermord an den Palästinensern in Gaza aufgerufen habe. Der Sender kann als Israels *Fox News* auf Steroiden bezeichnet werden, mit seiner beliebtesten Sendung „The Patriots“, in der eine Gruppe von Journalisten und rechten Aktivisten zu Wort kommt. Der Kanal ist heute nach dem staatlich subventionierten *Channel 12* der zweitmeistgesehene Sender in Israel.

Sfard kombiniert seine juristische Expertise mit Beobachtungen der Medien und unterscheidet zwischen Recht und Ethik. Er zitiert frühere internationale Fälle, in denen Medien selbst vor Gericht standen, darunter die Nazi-Zeitschrift *Der Stürmer* nach dem Holocaust sowie *Radio Ruanda* während des Völkermords an den Tutsi in Ruanda.

Gegen Ethik und Verantwortung

Internationale Normen und das israelische Recht, sagt Sfard, verbieten die Anstiftung zu Völkermord, Gewalt und Rassismus, und diese Verbote gälten insbesondere für die Medien. Im Fall von *Channel 12* handelt es sich seiner Meinung nach jedoch vor allem um einen Verstoß gegen Ethik und Verantwortung. Er nennt Beispiele von Gästen wie dem ehemaligen IDF-General Giora Eiland, der wiederholt dazu aufgerufen hat, als Methode der

Kriegsführung „eine humanitäre Krise in Gaza zu schaffen“. Sfard sagt, dass ein Redakteur eingreifen müsse, auch wenn selbst umstrittenste Persönlichkeiten eine Plattform verdienten: „Redakteure dürfen keine unwidersprochene Anstiftung zu Kriegsverbrechen und Entmenslichung zulassen.“ Bei *Channel 12* liege die Verantwortung sowohl bei der Person, die zur Anstiftung aufrufe, als auch bei den Redakteuren, die das zuließen.

Sfard skizziert grob zwei Haupttypen von Journalisten: Da sind diejenigen, die bewusst ihre Pflicht vernachlässigen, dies aber rechtfertigen mit Argumenten über die Wiederherstellung der nationalen Moral und Stärke nach einem so traumatischen Schlag wie dem vom 7. Oktober. Und dann diejenigen, die befürchten, dass die Darstellung des von Israel verursachten Leidens der Palästinenser ihre Einschaltquoten beeinträchtigen, Werbekunden vertreiben oder ihre Eigentümer verärgern könnte. Dann, sagt Sfard, gibt es noch andere, deren erste Loyalität Israel gelte und deren zweite Loyalität, die zum Journalismus, sekundär sei. Sie alle, sagt er, verstießen gegen die Daseinsberechtigung ihres Berufsstands.

„Sprechen wir über investigativen Journalismus“, sagt Sfard. „Seit dem 7. Oktober konzentrieren sich alle großen israelischen Untersuchungen ausschließlich auf den 7. Oktober selbst. Wenn die Regierung beispielsweise behauptet, dass die UNRWA eine Hochburg der Hamas sei oder dass Hunger und Hungersnot in Gaza nur eine PR-Kampagne der Hamas seien, hinterfragen die Medien dies nie kritisch.“

„Unabhängig von der Frage, ob das wahr ist oder nicht“, sagt Sfard, „wenn man ausschließlich die israelischen Mainstream-Nachrichten sieht, würde man davon nie erfahren.“

Übertragen aus dem Englischen von M. Bialecki

IP



Narrative

„Bring them home“: Um Öffentlichkeiten und Player geht es in diesem Kapitel, und dabei vor allem um den bemerkenswerten Weg des Hostages and Missing Families Forum, das in Israel von einer stillen Initiative weniger Bürgerinnen und Bürger zu einem echten Machtfaktor geworden ist. Daneben ein Interview zu Pressefreiheit und Medienethik, zu Ressourcen und Nachrichtenauswahl.

„Die emotionale Polarisierung war selten so massiv“

Im Krieg steht eine freie Berichterstattung unter Druck von vielen Seiten. Ein Gespräch über Einseitigkeit und Zensur, über Grenzverletzungen und Fehlerkultur – und die Medienkompetenz der Jüngeren.

Interview mit Katharina Weiß

IP: Frau Weiß, nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 haben wir in der Berichterstattung über den Nahost-Konflikt eine seltene Polarisierung erlebt. Wie definiert Reporter ohne Grenzen Pressefreiheit in Krisenzeiten, und wo sehen Sie Grenzen dieser Pressefreiheit?

Katharina Weiß: Pressefreiheit schützt das Recht, Informationen zu recherchieren, zu prüfen und zu veröffentlichen. Und das gerade in Kriegs- und Krisenzeiten. Das umfasst Zugänge zu Orten und Akteuren, aber auch Quellenschutz, Redaktionsfreiheit, Vielfalt auch der Stimmen sowie Schutz vor Einschüchterung und Gewalt. Pressefreiheit ist generell nicht grenzenlos. Grenzen liegen dort, wo Strafgesetze greifen, zum Beispiel Aufruf zur Gewalt, Persönlichkeitsrechte oder völkerrechtliche Normen, zum Beispiel auch das Verbot von Kriegspropaganda oder Anstiftung zum Völker-

mord. Kritik an Regierungen und Armeen gilt nicht als Grenzverletzung, sie ist Kernauftrag der Presse. Und das zählt in jedem Bereich. Wir beobachten seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, dass diese Pressefreiheit in den gerade benannten Prämissen verletzt und eingeschränkt wird.

Sehen Sie Faktoren, die eine unabhängige Berichterstattung über den Gaza-Krieg bedrohen?

Ein großes Thema ist das Gaza-Zugangsverbot für internationale Berichterstatter. Dieses Thema schlug von Anfang an hohe Wellen. Denn es gibt ja zu Recht den Ansatz, dass eine Annäherung an unabhängige Stimmenvielfalt nur erreicht werden kann, wenn nicht nur Stimmen vor Ort, sondern auch die internationale Gemeinschaft sich selbst ein Bild der Realitäten machen kann. Das ist das eine; dann ist natürlich die Tötung so vieler palästinensischer Journalistinnen und Journalisten eine

sehr große Einschränkung der Pressefreiheit. Auch wir haben die Forderung etwa nach dem Zugang schon seit Ende 2023 immer wieder geäußert, als klar wurde, dass die israelische Armee außer sporadischen und streng reglementierten „embeds“ niemanden nach Gaza hineinlässt und sehr häufig auch niemanden heraus, gerade wenn es darum geht, etwa verletzte Kolleginnen oder Kollegen woanders in Sicherheit zu bringen.

Es gibt noch andere Herausforderungen für die Pressefreiheit: Unsere Nahost-Korrespondenten haben von Visa-restriktionen berichtet, von fehlenden sicheren Korridoren, gezielten Kampagnen gegen Journalisten. Die gibt es die ganze Zeit in diesem gesamten Konflikt. Und die Kampagnen gegen Journalisten, die sehen wir auch bei uns in Deutschland. Wir hören spezifisch auch von betroffenen Journalisten von *Ha'aretz*: Immer wieder werden die Kollegen Ziel von Bedrohungen, Hasskampagnen oder politischen Angriffen.

Gaza war lange komplett abgeriegelt, es gibt keine Kommunikationsinfrastruktur mehr. Wie können Medien überhaupt noch aus Gaza berichten?

Es gab immer weniger erfahrene palästinensische Journalisten oder Korrespondenten, die für große Nachrichtenagenturen wie *AP* oder *Reuters* tätig waren und auch über viele Jahre für deutsche Medien als Stringer oder Fixer gearbeitet haben. Es ging ja schlicht um Zugang zu Strom und Internet für Möglichkeiten des Uploads von Berichten und ähnliches. Es gab noch Hilfsorganisationen, die teilweise selbst kommunizieren, aber das ist auf keinen Fall zu vergleichen mit der Berichterstattung beispielsweise aus der Ukraine. Andere Herausforderungen, die speziell den Gaza-Streifen betreffen: Die



Katharina Weiß ist Sprecherin der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen (RSF). Die Nichtregierungsorganisation setzt sich weltweit für die Pressefreiheit und gegen Zensur ein. RSF hat neun europäische Ländersektionen und fünf Länderbüros in Nordamerika und Asien.

Arbeit war extrem erschwert durch die israelischen Angriffe, einhergehend mit humanitären Katastrophen wie Hunger, teilweise mehrfacher Vertreibung, dem Umgang mit getöteten Angehörigen und vielem mehr. Reporter ohne Grenzen hat gemeinsam mit Partnerorganisationen versucht, mit Computern, Telefonen, Akkus und Solar-Powerbanks zu helfen,

„Problematisch wird es, wenn redaktionelle Auswahl und Sprache strukturell eine Konfliktpartei privilegieren“

sofern vor Ort verfügbar und erschwinglich. Anders als in der Ukraine war es nicht gestattet, Schutzausrüstung zu liefern; es gab etwa die Sorge, dass Helme militärisch missbraucht werden könnten. Wir haben auch versucht, das Arbeitsumfeld vor Ort durch das Aufstellen von Zelten zu verbessern; so gab es zum Beispiel spezielle Zelte für Journalistinnen. Aber im Vergleich zu anderen Gebieten, in denen Reporter ohne Grenzen tätig ist, waren uns die Hände doch sehr gebunden.

Es gibt den Vorwurf an deutsche Medien, sie seien zu einseitig, es gäbe eine pro-israelische Berichterstattung. Andere sagen, es gibt ganz klar antisemitische Tendenzen. Wie bewerten Sie das?

Beides sind schwere Vorwürfe. Wir erleben ein Thema mit sehr großer emotionaler Polarisierung. In diesem anhaltenden Schrecken war diese für deutsche Journalisten vielleicht sogar das massivste Thema in den letzten Jahren. Nun betreibt RSF ja keine Medienkritik. Mir persönlich haben viele Kolleginnen und Kollegen, die aktuell oder schon seit Jahren zu diesem Thema gearbeitet haben, eine strukturelle Schieflage beschrieben, mit Auswüchsen auf beiden Seiten. Spannend ist, dass wir geschildert bekamen, wie vom Lokalmedium bis zu den Öffentlich-Rechtlichen, von freien Korrespondenten bis zu Personen, die sich mit der Berliner Kulturszene beschäftigen, staatliche israelische Quellen

häufig die Nachrichtenlage dominiert haben. Palästinensische Stimmen, UN- oder NGO-Stimmen seien deutlich seltener prominent vorgekommen. Der Medienwissenschaftler Fabian Goldmann hat knapp 5000 Schlagzeilen zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 19. Januar 2025 ausgewertet. Er hat sich vor allem große etablierte deutsche Medien angeschaut und hält fest, dass 43 Prozent ihrer Artikel auf israelischen Quellen basieren und nur 5 Prozent auf palästinensischen Angaben. NGO-Stimmen, also nicht nur Reporter ohne Grenzen, sondern Human Rights Watch, Medico International, Ärzte ohne Grenzen, waren mit nur 1,1 Prozent kaum sichtbar. Die oft in dieser Weise geschilderte Schieflage habe ich als Privatperson auch verfolgt.

Im Journalismus halten immer mehr Haltung und Meinung Einzug, Kommentar und Bericht werden nicht klar getrennt. Gibt es eine Grenze zwischen legitimem Meinungsjournalismus und einer problematischen Parteinahme?

Reporter ohne Grenzen muss immer schauen: Ab wann fällt ein Medium aus unserem Mandat, weil es zum Beispiel rein propagandistisch ist? Generell kann man sagen: Wenn Medien ungeprüft Kriegsnarrative verstärken, dehumanisierende Sprache normalisieren oder Gegner systematisch unsichtbar machen, dann wäre das dafür ein Anzeichen. Meinungsjournalismus ist

natürlich legitim. Er gehört zur Bandbreite des Journalismus dazu, wenn er faktenbasiert ist, sauber zwischen Nachrichten und Kommentar trennt, wenn also klar ist, dass hier eine Meinung dargestellt wird, und wenn Interessen oder Verbindungen offengelegt werden. Problematisch wird es, wenn redaktionelle Auswahl und Sprache strukturell eine Konfliktpartei privilegieren, was ja zum Beispiel im Kontext von Medien in autokratischen Ländern sehr häufig der Fall ist, in Russland etwa oder auch in der Türkei.

Ein Blick nach vorn. Wie kann die Medienbranche das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückgewinnen, wenn es um ausgewogene Berichterstattung geht? Es gibt ja so ein Abwinken: Medien seien nichts mehr wert, man könne ihnen nicht mehr vertrauen. Wie kann man das ändern?

Sehr wichtige Frage. Das Thema Nahost-Konflikt ist neben Corona (was haben die Medienschaffenden damals gemacht, wie hat sich das entwickelt, wo ist die Aufarbeitung) das zweithäufigste Thema, mit dem ich konfrontiert werde. Egal, ob in der Uni in Esslingen oder beim Rentnerverein in Chemnitz. Man merkt: Diese beiden Themen haben in unterschiedlichen Zielgruppen, aber dennoch in einer großen Breite Misstrauen gegen Medienschaffende gesät.

Warum ist das so?

Ich glaube, dass da verschiedene Sachen hineinwirken. Zum einen haben Journalistinnen und Journalisten Vertrauen verspielt, indem sie sich auch Algorithmen und Clickbaits gebeugt haben. Zum anderen haben die modernen Technologien auch Diffamierungsmöglichkeiten gegen Journalisten und deren Informationen

Die Berichterstattung über den Nahost-Konflikt hat Misstrauen gegen Medienschaffende gesät; tatsächliche Fehler und leere Vorwürfe gingen Hand in Hand. Im Bild eine Alltagsszene aus Gaza vom November 2025.



vervielfacht. Das heißt, egal wie sauber wir arbeiten, gegen manches kommt man kaum noch an.

Deswegen sehe ich zum einen eine ganz, ganz große Verantwortung in der Gesellschaft, zum Beispiel im Verankern von Medienkompetenzschulungen von den Jüngsten bis zu den Ältesten. Denn wir sehen, dass die Medienkompetenz vor allem bei ganz Jungen und bei der Generation unserer Eltern mit am schwierigsten ist. Das sind die, die am leichtesten einzufangen oder wegzufischen sind.

Und wenn wir schauen, wie wir die Medienhäuser selbst in die Verantwortung nehmen, dann sind Transparenz, Quellen, Methoden, Korrekturen zentral. Ich persönlich finde auch Fehlerkultur ganz wichtig. Es sollte sich keiner einen Zacken aus der Krone brechen, einen Fehler zugeben, und wir sollten Leute auch nicht mit einem Shitstorm belegen, wenn sie Fehler zugeben. Ich glaube, das ist eine unheilige Spirale. Wenn man nicht immer die Angst hätte, dass es einem ewig vorgehalten wird, wenn man einen Fehler zugibt, würden vielleicht viele von uns an einigen Stellen sagen: Ja, da war ich im Unrecht oder da habe ich eine Perspektive eingenommen, die vielleicht nicht ausreichend war.

Gilt das auch im Kontext antisemitischer Tendenzen?

Hier wäre eine bessere Fehlerkultur sehr angebracht, ohne gleich einen riesigen Shitstorm zu erleben. Dann: sichtbare Quellenvielfalt! Das merken wir auch im aktuellen Nahost-Konflikt. Und innerhalb der Medienhäuser eine interne Aufarbeitung nach Fehlern. Wir haben nach unserer Recherche zu Repressionen rund um die Nahost-Berichterstattung innerhalb deutscher Redaktionen, die Anfang 2025 veröffentlicht wurde, von einigen großen

deutschen Medienhäusern, vor allem in Print, gehört, dass sie tatsächlich interne Aufarbeitungen angestoßen haben. Das freut uns natürlich. Und das ist der richtige Weg, dass man sich erstmal die Redaktionsabläufe ansieht. Wie kann man dem vorbeugen? Wie kann man alle Stimmen hören? Ich weiß, dass das sehr schwierig ist, weil wir ja gleichzeitig tagesaktuell und effizient sein müssen.

Wenn wir auf eine so polarisierte Debatte schauen wie die über den Nahost-Konflikt: Welche Rolle spielt hier Reporter ohne Grenzen? Neutrale Beobachtung oder eher eine aktive Kämpferin für Standards?

Auch eine sehr gute Frage. Natürlich sind NGOs wie Reporter ohne Grenzen immer auch Watchdogs, also Beobachter. Aber wir machen etwas mit diesen Beobachtungen! Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Pressefreiheit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen oder Journalisten in Gefahr sind. Das ist der Kernsatz, den wir im Herzen tragen.

Vielleicht müssten wir die Frage anders zuspitzen. Denn wir lehren nicht nur an der Uni, sondern gehen im Zweifelsfall auch vor eine Botschaft. Wir haben politische Forderungen, wo wir sagen, ihr habt so und so viele Medienschaffende eingesperrt oder getötet, lasst die Gefangenen wieder frei. Oder wir fordern Gerichtsverfahren rund um solche Tötungen, kämpfen also zum Beispiel gegen Straflosigkeit. Wir sind auch ganz konkret im Kontext der Nothilfe unterwegs und versuchen, Kolleginnen und Kollegen zu helfen.

Wenn es um politische Positionierung geht, gibt es aber natürlich immer ein Ringen, wie bei Journalisten auch, das so neutral wie möglich zu halten.

Das Interview führte Martin Bialecki.

IP

Eine Kraft gegen das Schweigen

Israels Geiselfamilien haben private Trauer in eine demokratisch wirksame Macht verwandelt: die Geschichte einer Bürgerbewegung, die weltweit Anerkennung fand.

Von Adi Tal

Seit der Gründung Israels hat ein moralischer Konsens die Nation geleitet: Alles zu tun, um ihre Söhne nach Hause zu holen. In den 1970er Jahren änderte sich alles. Israels Feinde waren nicht mehr Staaten, sondern nichtstaatliche militante Gruppen, die gelernt hatten, Israels größte Schwachstelle auszunutzen: die Unantastbarkeit menschlichen Lebens.

So begann die Ära der asymmetrischen Austauschgeschäfte: Tausende palästinensischer Gefangener gegen nur eine Handvoll israelischer Soldaten. 1985 entließ Israel im Rahmen des Jibril-Deals 1150 palästinensische Gefangene im Austausch für drei Soldaten. 2011 wurde der entführte Soldat Gilad Shalit nach einer öffentlichen Kampagne unter der Führung seines Vaters Noam im Austausch für 1027 Palästinenser freigelassen. Die Hamas lernte eine wichtige Lektion: Israels tiefe Ehrfurcht vor dem Leben konnte als Druckmittel eingesetzt werden. Das moralische Prinzip, das einst Leben gerettet hatte, begann nun, Leben zu gefährden. Es war eine düstere Vorahnung dessen, was sich am 7. Oktober 2023 ereignen sollte.

An diesem Morgen überquerten Tausende von Hamas-Kämpfern die Grenze zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ermordeten mehr als 1200 Menschen und entführten 251 Zivilisten und Soldaten. Ganze Gemeinden in der Nähe von Gaza wurden ausgelöscht. Über Nacht brach Israels Sicherheitsgefühl – und der alte Gesellschaftsvertrag zwischen dem Staat und seinen Bürgern – zusammen.

Die ersten Stunden waren chaotisch. Familien suchten in Krankenhäusern nach ihren Angehörigen und wollten unbedingt wissen, wer noch lebte und wer vermisst wurde. Binnen 24 Stunden entstand aus dem Schock und der Trauer heraus das Forum für Geiseln und vermisste Familien. Ich schloss mich in den ersten, noch sehr unsicheren Tagen als Freiwillige dem Team für ausländische Medien an.

Nach nur einer Woche wurde mir klar, dass das Forum ein Phänomen war, das größer war als angenommen: Familien wandelten ihre private Verzweiflung in ein gemeinsames Ziel um. „Das Forum entstand innerhalb einer Woche aus dem Nichts“, erinnert sich Gali Morag, Leiterin



Adi Tal hat einen Bachelor of Law sowie einen Master-Abschluss in Jura und Technologie. Seit dem 7. Oktober 2023 engagierte sie sich beim Hostages and Missing Families Forum.

des Teams für ausländische Medien. „Keine Familie allein hätte das geschafft. Gemeinsam schufen sie eine unaufhaltsame Kraft.“ Hunderte Freiwillige strömten herbei, getrieben von Frustration und Hilflosigkeit, aber auch von dem Bedürfnis, etwas zu tun. „Zwei Wochen lang konnte ich nicht sprechen“, erinnert sich Yael Eder, deren Sohn Tamir entführt wurde. „Ich dachte, ich hätte kein Recht, für ihn zu kämpfen, solange andere Kinder in Gefangenschaft waren. Aber dann wurde mir klar: Wenn ich für Tamir kämpfe, kämpfe ich für sie alle. Das gab mir Kraft.“ Ophir Weinberg, Cousin von Itay Svirsky, entführt am 7. Oktober, nachdem seine beiden Eltern ermordet worden waren, beschreibt es als einen Wettlauf gegen die Verzweiflung: „In jeder Sekunde denkst du: Wenn ich irgendetwas tun kann, werde ich es tun. Du handelst einfach, schießt in alle Richtungen und hoffst, dass etwas hilft.“

Vom Schweigen zur Stimme

Zunächst befolgte das Forum die Anweisung der Regierung: keine Interviews, keine Kritik, Schweigen; alles, um zu vermeiden, dass „der Preis für die Geiseln steigt“. Deren Gesichter füllten Plätze und Wände, Kerzen flackerten, und die Botschaft war einfach: Bringt sie jetzt nach Hause. „In diesen ersten Tagen war es unsere Aufgabe, Empathie zu wecken“, sagt Morag. „Israelis und die Welt mit der Geschichte jeder einzelnen Geisel zu verbinden. Später sagten einige befreite Geiseln, dass sie diese Kundgebungen während ihrer Gefangenschaft gesehen hätten – und dass ihnen das Hoffnung gegeben habe.“

In wenigen Wochen entwickelte sich das Forum zu einem organisierten Verein mit demokratischen Verfahren – regelmäßigen Versammlungen, wöchentlichen Abstimmungen, einer Strategie. „Das gab uns Kraft und ein Gefühl der Zugehörig-

*Später freigelassene
Geiseln berichteten, dass
ihnen die Kundgebungen
Kraft gegeben haben*

keit“, sagt Eder. „Wir waren 255 Familien und wussten, dass wir nicht allein waren.“

Auf internationaler Ebene erwies sich Deutschland als unerwarteter moralischer Verbündeter. Während viele israelische Beamte Distanz hielten, reagierten deutsche Diplomaten mit Herzlichkeit und Ausdauer. Für Familien mit deutscher Staatsbürgerschaft wurde ein Sonderbeauftragter ernannt; Botschafter Steffen Seibert öffnete jede Woche seine Türen und bot ihnen das Mitgefühl, das ihnen von den israelischen Behörden oft fehlte. Als Arbel Yehuds Vater Yechiel im Juni 2024 erfuhr, dass sein Sohn ermordet worden war, war Seibert der einzige Beamte, der an der Beerdigung teilnahm – eine Geste der Loyalität und Würde, die tief beeindruckte. Woche für Woche empfing sein Büro Familien – manchmal zu Besprechungen, manchmal einfach nur, um ihnen zuzuhören. Diese Kontinuität schuf Vertrauen in einer Zeit, in der sich viele Israelis von ihren eigenen Führern im Stich gelassen fühlten.

Im November 2023 wurde die Bürgerbewegung lautstark. Ein Marsch von Tel Aviv nach Jerusalem zog Hunderttausende an und die Straßen vibrierten vor Dringlichkeit. Während des Marsches erfuhren die Familien, dass Verhandlungen begonnen hatten; vier Tage später kehrten die ersten Geiseln nach Hause zurück. „Es war greifbar“, erinnert sich Morag. „Der öffentliche Druck zeigte Wirkung.“ Ende November einigten sich Israel und die Hamas im Rahmen eines von Katar vermittelten Waffen-

stillstands darauf, 100 Frauen und Kinder im Austausch gegen 300 palästinensische Gefangene freizulassen. Das Land jubelte. Befreite Gefangene berichteten später, sie hätten ihre Gesichter auf die Mauern von Tel Aviv projiziert gesehen – und daraus Kraft geschöpft.

Doch bald darauf wurden die Kämpfe wieder aufgenommen. Hoffnung wich Erschöpfung. Viele Familien erkannten, dass das strategische Ziel der Regierung – die Zerschlagung der Hamas – nicht mehr mit ihrer moralischen Pflicht vereinbar war, Leben zu retten. Schweigen wurde zu Reden. Familien, denen gesagt worden war, sie sollten nicht sprechen, erhoben ihre Stimme – nicht für die Politik, sondern für die Lebenden.

Dann die Tragödie vom Dezember 2023: Drei Geiseln – Alon Shamriz, Yotam Haim und Samer Talalka – wurden versehentlich von israelischen Soldaten in Gaza getötet. Der „operative Fehler“ bestätigte die schlimmsten Befürchtungen der Familien: Unkoordinierter militärischer Druck könnte ihre Angehörigen töten. „An diesem Tag änderte sich alles“, erinnert sich Weinberg. „Ein Verwandter sagte: ‚Ich werde die Autobahn blockieren. Wer macht mit?‘ Wir gingen alle hin. Wir blieben bis drei Uhr morgens.“

Die öffentliche Anteilnahme blieb groß, aber die Frustration wuchs; Solidarität allein würde die Regierungen nicht bewegen. Die Mehrheit der Israelis unterstützte die Fortsetzung des Krieges, während Geiselaustauschgeschäfte umstritten blieben.

Im Dezember 2023 traf sich Yehiel Yehud zum ersten Mal mit der deutschen Außenministerin – ein Treffen, das den Beginn eines bis heute andauernden Dialogs mit Deutschland markierte. Einen Monat später, im Januar, traf er sich mit dem damaligen Justizminister. Zwischen Dezember und Mitte Mai nahm Yehiel an

sieben Delegationen teil, die jeweils die Verbindung zwischen den Familien und der deutschen Gesellschaft vertieften. Eines der für mich wichtigsten Treffen war das mit Jens Plötner, der damals Kanzler Scholz außen- und sicherheitspolitisch beriet und in deutschem Namen die Verhandlungen mit Katar führte. Die Antworten, die ich von israelischen Sicherheitsbeamten nie bekommen konnte, erhielt ich von ihm. Die Verbindung zu ihm war für mich von großer Bedeutung.

Von Anfang an, im Dezember 2023, spürte ich eine echte Offenheit und Hilfsbereitschaft seitens der deutschen Regierung und Medien – und, was vielleicht am auffälligsten war, seitens der einfachen Menschen auf den Straßen Deutschlands, sogar noch mehr als in Israel.

Krise und Spaltung

Ende 2023 war der nationale Konsens zerbrochen. Nach außen blieb das Forum unter dem Motto „Bringt sie alle nach Hause“ geeint. Intern kamen jedoch unterschiedliche Stimmen auf: Eine Gruppe drängte auf eine Einigung ad hoc, ein kleineres „Tikvah-Forum“ forderte verstärkten militärischen Druck, eine andere Fraktion warf Premier Netanjahu offen vor, Verhandlungen absichtlich zu verzögern. Was als Zersplitterung erschien, war in Wahrheit eine demokratische Entwicklung. „Selbst als sich die Familien spalteten, blieb eine gemeinsame Grundlage erhalten. Die Entscheidung einiger Familien, separate Gruppen zu bilden“, sagt Morag, „entsprang dem demokratischen Charakter des Forums. Jede Woche trafen sich die Familien, stimmten ab und überprüften ihre Strategie. Andere Meinungen spalteten sich nicht wirklich ab, sie wählten lediglich einen anderen Weg zum gleichen Ziel. Selbst Tikvah erhielt logistische und finanzielle Unterstützung von uns.“

Der erste Besuch, auf Einladung des israelischen Botschafters in Deutschland Ron Prosor, sollte die Stimmen der Familien der deutschen Öffentlichkeit vermitteln. Während dieses Besuchs traf Yehiel gemeinsam mit Naama Weinberg, Cousine des entführten Itay Svirsky, Außenministerin Annalena Baerbock. Von da an setzte er bis Mai 2024 seine Zusammenarbeit mit deutschen Beamten, Parlamentariern und Journalisten im Rahmen verschiedener Initiativen fort – darunter die Einrichtung des „Hostages Square“ in Berlin.

Im Februar schloss sich Yehiel einer Delegation an, die durch die Straßen Berlins marschierte; 3000 Deutsche, Juden und Unterstützer zogen gemeinsam zum Reichstag. Der Marsch gipfelte in einer öffentlichen Kundgebung mit Botschafter Prosor – ein eindrucksvoller Moment gemeinsamer Menschlichkeit und moralischer Solidarität, der weit über den Platz hinaus Wirkung zeigte.

Am 30. März 2024 erreichte der Kampf einen Wendepunkt. Bei einer Massenkundgebung in Tel Aviv erklärten die Familien auf einer Bühne: „Netanjahu ist das Hindernis, das eine Einigung blockiert.“ Es war ein beispielloser Akt zivilen Ungehorsams. Die Menge brach in Applaus aus. Die Bewegung hatte eine Grenze überschritten: von der Bitte zum Protest.

Einige Familien befürchteten, die Politisierung würde die Einheit untergraben. Andere bestanden auf Konfrontation. Die Veränderung zeigte bald Ergebnisse: Umfragen im April und Mai 2024 zeigten, dass eine Mehrheit der Israelis – darunter viele Wähler der Rechten – nun eine Einigung zur Befreiung aller Geiseln unterstützte, selbst wenn dies das Ende des Krieges bedeutete. Laut *Channel 12* befürworteten 74 Prozent der Israelis eine solche Vereinbarung, darunter 60 Prozent der Koalitionsanhänger. Was als moralischer

Aufschrei begonnen hatte, war zu einer politischen Kraft geworden.

Von Trauer zu Diplomatie

Im Laufe des Jahres 2024 entwickelte sich das Forum zu einer ausgereiften zivilgesellschaftlichen Bewegung. Es organisierte Massendemonstrationen, landesweite „Störungstage“ und direkte Treffen mit Gesetzgebern unter einem gemeinsamen Motto: Bringt sie jetzt nach Hause! Der Kampf um die Freilassung der Geiseln wurde nicht mehr vom Staat geführt – sondern von seinen Bürgern. Private Trauer war zu ziviler Autorität geworden.

Als freigelassene Geiseln ihre erschütternden Geschichten erzählten, von unterirdischen Zellen, Hunger und Misshandlungen, beschlossen die Familien, dass Schweigen nun gefährlich war. Sie trugen ihre Geschichten in die Weltöffentlichkeit. Ein Moment verdeutlichte diesen Wandel: Einav Zangauker, Mutter des beim Nova-Festival entführten Matan Zangauker, stand in einem Metallkäfig, um das Leiden der Gefangenen zu symbolisieren. Das Bild ging um die Welt; es verwandelte eine humanitäre Sache in politischen Protest. Menschenmassen skandierten: „Netanjahu blockiert das Abkommen.“

Der September 2024 markierte eine weitere schmerzhafteste Wende: die Ermordung von sechs Geiseln in Hamas-Tunneln. In dieser Nacht strömten Menschenmengen auf die Straßen. Es gab keinen Zweifel mehr – der einzige Weg, die Geiseln zu retten, war ein Deal, keine militärische

*Öffentliche Legitimität wurde
ein Hebel, um moralische
Dringlichkeit in politischen
Druck zu verwandeln*



Ab einem bestimmten Zeitpunkt wurde der Kampf um die Freilassung der Geiseln nicht mehr vom Staat geführt, sondern von seinen Bürgern. Im Bild eine Demonstration des Hostages and Missing Families Forum.

Aktion. Es hieß, dass IDF-Truppen sich den Geiseln genähert hätten und sie deshalb hingerichtet worden seien.

Die Wahl von Donald Trump Ende 2024 markierte eine globale Zäsur. Noch vor seinem Amtsantritt erklärte er, die Befreiung der israelischen Geiseln sei seine „oberste nationale Priorität“. Vertreter des Forums trafen sich mit Mitgliedern seines Wahlkampfteams in den USA und legten damit den Grundstein künftiger Diplomatie. „Diese Treffen verschafften uns nach seiner Wahl enormen Einfluss“, erinnert sich ein Forumsmitglied. Im Februar 2025, einen Monat nach Trumps Amtseinführung, wurde unter Vermittlung der USA ein von Katar ausgehandeltes Teilabkommen erzielt. Das Forum lobte die „sichtbare Veränderung in der Haltung der USA“

und stellte fest, dass „Präsident Trump die Geiseln vom ersten Tag an ganz oben auf seine Agenda gesetzt hat“.

Das Abkommen vom Januar 2025 sah eine schrittweise Freilassung vor: israelische Geiseln im Austausch gegen Hunderte palästinensischer Sicherheitshäftlinge, zusammen mit einer sechswöchigen Waffenruhe und einem schrittweisen Rückzug der IDF aus dem Zentrum des Gazastreifens. 30 Geiseln kehrten lebend zurück. Acht Leichen wurden geborgen: sieben in Gefangenschaft ermordete und eine am 7. Oktober getötete. Etwa 3500 Palästinenser wurden freigelassen, darunter rund 1300 Sicherheitshäftlinge, Hunderte davon verteilt wegen tödlicher Anschläge.

In der Zwischenzeit dehnte sich das Forum weltweit aus. Familien sprachen

in Parlamenten und Universitäten, traten in internationalen Medien auf, trafen sich mit Staatschefs. Israelisch-amerikanische Angehörige wurden zu inoffiziellen Botschaftern und übersetzten private Schmerzen in diplomatische Sprache.

Im September 2025 waren noch 48 Geiseln in Gefangenschaft. Trump legte einen 20-Punkte-Friedensplan vor, der einen vollständigen Waffenstillstand, einen schrittweisen Rückzug Israels und die Freilassung aller Geiseln – lebenden und toten – binnen 72 Stunden vorsah.

In zwei Jahren wurde das Forum der Familien von einem Kreis der Trauer zu einer moralischen Institution

Im Oktober 2025, fast zwei Jahre nach dem Angriff vom 7. Oktober, wurde unter Vermittlung Katars und der Türkei und mit Unterstützung der USA das endgültige Abkommen zwischen Israel und der Hamas unterzeichnet. Es sicherte die Freilassung der 20 verbliebenen Geiseln und die Rückführung der Leichen der Opfer im Austausch gegen Hunderte palästinensischer Sicherheitshäftlinge – darunter verurteilte Mörder – sowie die offizielle Beendigung der Kämpfe, einen schrittweisen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen und eine Ausweitung der humanitären Hilfe.

Die Grundlage für dieses Abkommen wurde durch monatelange direkte Kommunikation zwischen dem Familienforum und dem Weißen Haus geschaffen; ein seltenes Beispiel dafür, wie Basisdiplomatie die internationale Politik beeinflusst. Bis dahin hatte die Bewegung das erreicht, was einst unmöglich schien: persönliche Trauer in politische Dynamik und mora-

lische Dringlichkeit in diplomatischen Einfluss zu verwandeln. Das Forum definierte den moralischen Kern des Konflikts neu. Durch klare Botschaften und starke Symbolik verwandelte es Mitgefühl in Strategie. Diplomaten gaben später zu, dass die Beharrlichkeit der Familien die Verhandlungen am Leben erhalten habe.

Zum zweiten Jahrestag des Anschlags vom 7. Oktober hatte sich das Forum von einer spontanen Freiwilligengruppe zu einer anerkannten zivilgesellschaftlichen Institution entwickelt. Was als emotionaler Appell begann, wurde zu einer unabhängigen moralischen Autorität, die niemand ignorieren konnte.

Rückblickend hat das Forum mehr erreicht als die Rückkehr der Geiseln. Es hat Israels ziviles Drehbuch in Kriegszeiten neu geschrieben. Binnen weniger Monate verwandelte es sich von einem Kreis der Trauer in eine Bewegung an zwei Fronten – der internen Solidarität und der externen Diplomatie. Es bewies, dass moralische Sprache als strategisches Instrument dienen kann: konsistent, symbolisch, gründend auf Namen und Gesichtern.

Das Forum hob das Monopol des Staates auf die Sorge um das Leben auf. Während Politiker von Abschreckung sprachen, sprachen die Familien von Schutz – von der Pflicht, die der Strategie vorausgeht.

Letztlich ist dies die Geschichte gewöhnlicher Bürger, die eine außergewöhnliche zivile Kraft aufgebaut haben. Durch moralische Klarheit und unerbittliche Entschlossenheit prägten sie die öffentliche Meinung, beeinflussten Regierungen und holten die Geiseln nach Hause. Damit erweiterten sie die Grenzen der Demokratie. Ihr Beweis: Selbst wenn eine Nation schweigt, können ihre Bürger laut genug sprechen, damit die Welt ihnen zuhört.

Übertragen aus dem Englischen von M. Bialecki

IP



Dr. Sylke Tempel (1963–2017)

war von 2008 an Chefredakteurin der *IP*. Sie kam am 5. Oktober 2017 bei einem tragischen Unfall in Berlin ums Leben. Das Fellowship-Programm soll mit ihrem Namen an Leben und Werk dieser herausragenden Journalistin, Autorin, Publizistin und Mentorin erinnern, ebenso ein jährlich ausgelobter und prämierter Essaypreis.

Die Sylke-Tempel-Fellows 2025

Im Rahmen des Sylke-Tempel-Fellowship-Programms vergibt die Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum Forschungs- und Recherchestipendien an junge Expertinnen und Experten, die an relevanten außen- und gesellschaftspolitischen Themen in Israel und in Deutschland arbeiten. Das Programm richtet sich insbesondere an Medienschaffende u.a. aus Journalismus und Publizistik am Beginn ihrer beruflichen Karrieren. Die Arbeitsergebnisse werden unter Einbindung anderer Experten in geschlossenen Workshops diskutiert, auf Konferenzen öffentlich vorgestellt und publiziert.



Roman Beliaevski

studiert im Master Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Osteuropa und Nahost. Er war an Projekten zu regionaler Sicherheit und Außenpolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie des German Marshall Fund (GMF) beteiligt und setzt sich aktiv für die Förderung interkulturellen Dialogs ein.



Guilherme Correia da

Silva ist Journalist und Redakteur mit breiter Erfahrung in der internationalen Berichterstattung. Derzeit ist er bei der *Deutschen Welle* stellv. Leiter der „Portugiesisch für Afrika“-Abteilung und berichtet zusätzlich als Deutschland- und Europakorrespondent für den portugiesischen Radiosender *Rádio Renascença*.



Yasmin Ismail arbeitet seit 2021 als Redakteurin und produziert für verschiedene TV-Sender Reportagen, die sie in Deutschland und international realisiert, u.a. in Israel, der Türkei, Mexiko und Hongkong. Während ihres Studiums mit dem Schwerpunkt Medienmanagement sammelte sie praktische Erfahrungen bei der SZ und dem ZDF.



Nicholas Potter ist Journalist und Redakteur bei der taz. 2024/2025 war er Ernst Cramer & Teddy Kollektive Fellow im internationalen Journalistenprogramm bei der *Jerusalem Post*. Seine Arbeiten wurden auch im *Guardian*, *Tagesspiegel* und in *Ha'aretz* veröffentlicht. Er ist Mitherausgeber und Co-Autor des Buches „Judenhass Underground“.



Adi Tal hat einen Bachelor of Law sowie einen Master-Abschluss in Jura und Technologie. Ihre Abschlussarbeit befasst sich mit der Schnittstelle von Datenschutzrecht und Künstlicher Intelligenz. Seit dem 7. Oktober 2023 engagierte sie sich beim Hostages and Missing Families Forum im Team für ausländische Medien.



David Issacharoff ist Redakteur und Autor für die englischsprachige Ausgabe von *Ha'aretz*. Er hat Politikwissenschaft und Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem und der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. 2024 war er im internationalen Journalistenprogramm als Ernst Cramer & Teddy Kollektive Fellow beim *Spiegel* tätig.



Isolde Ruhdorfer arbeitet als Journalistin für das Online-Magazin *Krautreporter* in Berlin zu Themen der Außenpolitik. Sie studierte Regionalwissenschaften Ost- und Mitteleuropa und VWL in Köln und Nischni Nowgorod. Gleichzeitig besuchte sie die Kölner Journalistenschule. Sie ist Fellow des Internationalen Journalisten-Programms IJP.



Vera Weidenbach ist freie Journalistin und Autorin. Sie hat als politische Korrespondentin bei Table.Briefings in Berlin und *Ha'aretz* in Tel Aviv gearbeitet. Ihr Buch „Die unerzählte Geschichte. Wie Frauen die moderne Welt erschufen und warum wir sie nicht kennen“ erschien 2022 bei Rowohlt.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

Chefredakteur

Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Dr. Henning Hoff, Tim Hofmann,
Uta Kuhlmann, Dr. Joachim Staron
Projektmanagement: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Elias Noeske

Layout

Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP

Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Dr. Benno Schwarz, Syndikus
Dietrich Becker
Prof. Dr. Veronika Grimm
Nicole Kleeb
Susanne Wiegand
Thomas Kleine-Brockhoff, Geschäftsführung
(Direktor)
Geraldine Schroeder, Geschäftsführung
Martin Bialecki, Geschäftsführung

Marketing und Anzeigen

Charlotte Merkl
merkl@dgap.org
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146

Druckerei

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16 | 49074 Osnabrück

Pressevertrieb

IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise und Abonnements

Die IP erscheint sechsmal pro Jahr. Die IP-Specials erscheinen unregelmäßig und sind ausschließlich im Abo oder über den Einzelkauf auf unserer Homepage erhältlich.

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP-Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studierendenabonnement Inland	73,00 €
Studierendenabonnement Ausland	83,00 €
Digitalabonnement	79,00 €
Digitalabonnement Studierende	59,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage.
Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten
rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP
erreichen Sie uns unter:**

IP Abonentenservice
ZENIT Pressevertrieb GmbH
Julius-Hölder-Str. 47
70597 Stuttgart
Tel.: +49 (0)711 82 65 13 38
Fax: +49 (0)711 82 65 13 33
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:

DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung/Laura Strömpel
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 180
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
mitglieder@dgap.org

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
25. November 2025**



Bildnachweis

Illustrationen Cover, S. 10, 24, 44 und 57:
Jaime Antonio Brehme Rojas
Fotos S.5: Privat; S.14: picture alliance / SZ
Photo / Friedrich Bungert; S.21: picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Uncredited; S.31: Majdi Fathi via Reuters Connect; S.34: picture alliance / Anadolu / Khames Alrefi | Montage: Thorsten Kirchhoff; S.47: Reporter ohne Grenzen; S.49: Anadolu via Reuters Connect; S.55: Anadolu via Reuters Connect

Transparenzhinweis

Auf den Seiten 12–17, 18–25, 26, 27, 38–43 sowie 51–56 wurde ein KI-basiertes Übersetzungstool unterstützend eingesetzt.

Partner des Sylke-Tempel-Fellowship



